

# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



- **Aktuell**  
Demografischer Wandel
- **Gleichstellung**  
Frauen in M-V
- **Werften**  
Maritime Standorte erhalten
- **Debatte**  
Landesprogramm für Demokratie und Toleranz
- **Pro & Kontra**  
Bankenabgabe
- **Wortgefechte**  
Landesfinale  
Jugend debattiert
- **Mini-Schloss**  
Modellstadt Schwerin



28. April  
3 / 2010

Seite 3

**Spezial**

Landesfinale „Jugend debattiert“

Seiten 4 – 5

**Aus dem Plenum****Aktuelle Stunde**

Demografischen Wandel gestalten

Seiten 6 – 8

**Weitere Themen**Maritime Standorte erhalten  
Gleichstellung von Frauen und Männern  
Kooperation von Schule und Wirtschaft

Seite 9

**Pro & Kontra**

Sonderabgabe für Banken?

Seiten 10 – 17

**Auszüge aus der Debatte:**Zwischenbericht zur Umsetzung  
des Landesprogramms  
„Demokratie und Toleranz stärken“

Seite 18

**Weitere Themen**Wahl Vizepräsident Landesrechnungshof  
Rundfunkänderungsstaatsvertrag  
IT-Planungsrat von Bund und Ländern  
Staatsvertrag über Hochschulzulassung  
google street view

Seiten 19 – 20

**Aus den Ausschüssen****Finanzausschuss**

Brüssel-Reise

**Europa- und Rechtsausschuss**

EU-Subsidiaritätskontrolle

**Agrarausschuss**

Regiostrom in Ivenack

Seiten 21 – 22

**Panorama**

Seite 23

**Schlossgeschichten**

Mini-Schloss für Modellstadt Schwerin

Seite 24

**Chronik**Titelfoto (Cornelius Kettler)  
Frühling am Schweriner Schloss**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de**Druck:** cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

# Am Thema vorbei

■ *Wir altern. Und das rapide. Man bekommt es mit der Angst zu tun – schon in drei Jahren soll das Durchschnittsalter in Mecklenburg-Vorpommern 53 Jahre betragen! Und der Nachwuchs fehlt. Ein tatkräftiges Mecklenburg-Vorpommern erwartet uns. Das Land schrumpft von 1,7 Millionen auf 1,4 Millionen Einwohner in 2030. Es ist zum Fürchten.*

*In Warin in Nordwestmecklenburg ist das Alter schon zu sehen. Eine typische Kleinstadt mit 3500 Einwohnern. Als sie herkam, sei sie jung gewesen, erzählt eine Passantin. „Aber jetzt sind wir alle alt hier.“ Und weil es keine Arbeit gibt, kämen auch keine jungen Menschen her, ganz einfach. Die Stadt kämpft jetzt darum, zumindest die älteren Bewohner zu behalten. Es werden keine Kinderspielplätze gebaut, sondern Bürgersteige abgesenkt. Es wird keine Kita saniert, sondern der Nahverkehr so ausgeweitet, dass Busse auch am Altersheim halten können. Und das Schild „Spielstraße“ im Neubaugebiet ist fragwürdig, da bauen nur Ehepaare ihren Alterssitz. „Unsere Gemeinde“, sagt Bürgermeister Michael Ankermann, „steht tatsächlich vor neuen Herausforderungen.“*

*Was machen wir damit? Wie ist Mecklenburg-Vorpommern auf eine alternde Gesellschaft vorbereitet? Nicht nur Warin braucht schnell Ideen, um junge Ärzte auf das Land zu bekommen, der Mediziner dort geht auch bald in Rente.*

*Ein spannendes und dringendes Thema für eine Debatte im Landtag. Gut also, dass die CDU zu Beginn der letzten Landtagssitzung eine Aktuelle Stunde über „Demographischen Wandel gestalten – Kinderlachen zulassen, Familien helfen, die Wirtschaft entwickeln und Senioren einbinden“ beantragt hat. Doch leider wurde dieses Thema für koalitionsinternes Geplänkel missbraucht. Kurz zuvor hatte Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) ein „Regierungsprogramm von 2011 bis 2016“ vorgestellt und damit seinen Koalitionspartner vorgeführt. Er hat 40 Millionen Euro jährlich für mehr Kinderfreundlichkeit in Kitas versprochen – allerdings nach der Wahl im nächsten Jahr. Der Koalitionspartner nutzte nun die Aktuelle Stunde, um die Familienfreundlichkeit der CDU zu unterstreichen.*

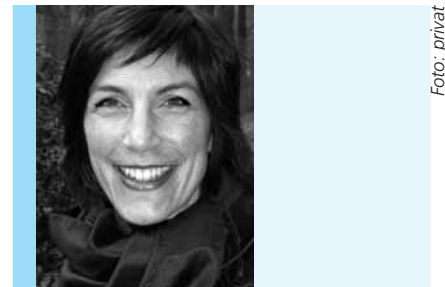


Foto: privat

*Michaela von Steinaecker ist seit 2005 feste freie Mitarbeiterin des NDR in Schwerin. Für das Nordmagazin, NDR Aktuell und die ARD erstellt sie Beiträge vor allem über politische und aktuelle Themen. Davor war sie fünf Jahre lang für Antenne Mecklenburg-Vorpommern tätig. Sie ist gebürtige Oldenburgerin und wohnt seit 1998 in Schwerin.*

*Noch in dieser Legislatur sollte der Betreuungsschlüssel in Kitas verbessert werden, natürlich auch, um das Land für junge Familien attraktiver zu machen, versprach Fraktionschef Harry Glawe. Eine gekonnte Schlagzeile, die dann aber leider als einziges Ergebnis der Aktuellen Stunde übrig blieb. Und das ging gründlich am Thema vorbei.*

*Dabei tut die Landesregierung schon viel, um sich auf die alternde Gesellschaft einzustellen. Seit Jahren feilt sie an der Verwaltungsstrukturreform herum, um bei weniger Einwohnern mehr Kosten zu sparen. Das Seniorenmitwirkungsgesetz soll die Erfahrungen älterer Bürger im politischen Prozess berücksichtigen, außerdem die „Gemeindegewester Agnes“ den Ärztemangel in der Fläche kompensieren. Landesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bilden zudem Kontaktlehrer für Berufsschulen aus, um den Schülern den künftigen Arbeitsplatz besser vermitteln zu können. Und so die Abbrecher-Quote bei Lehrlingen zu senken. Doch das alles ging im parteipolitischen Geplänkel unter.*

*Dabei braucht es noch nicht mal große politische Leitlinien, um dem demografischen Wandel Kontra zu geben. In Warin zum Beispiel gibt es ein ganz simples Problem: junge Familien ziehen nämlich auch deshalb nicht in die Kleinstadt, weil es keinen Internetanschluss gibt. Vor Jahren hat die Telekom Glasfaser verlegt, aber jetzt funktioniert nur eine Kupferverbindung. „Internet ist inzwischen so wichtig, wie Telefon früher. Ohne Internet ist unser Neubaugebiet völlig unattraktiv“, sagt Bürgermeister Michael Ankermann. Sich für den Ausbau des Netzes einzusetzen, damit könne die Landesregierung auch mal anfangen. Um dieses Problem habe man sich nämlich noch gar nicht gekümmert.*

**Michaela von Steinaecker**

# Mädchen mit schlagkräftigen Argumenten

Landesfinale „Jugend debattiert“ begeistert Zuhörer

■ Der Plenarsaal ist an diesem 8. April bis auf den letzten Platz besetzt. Die Zuschauer auf der Besuchertribüne hängen an den Lippen der Redner. Keine Landtagsdebatte – an diesem Tag gehörte das Plenum ganz dem Nachwuchs. Rund 200 Schüler und Lehrer aus ganz Mecklenburg-Vorpommern waren ins Schweriner Schloss gekommen, um ihre Favoriten beim Landesfinale „Jugend debattiert“ zu unterstützen.



Finalrunde der Sekundarstufe I



Vizepräsident Hans Kreher mit den Finalisten der Sekundarstufe I



Wibora Broschinski aus Rostock

Fotos: Cornelius Kettler

Mit schlagkräftigen Argumenten, überzeugender Sachkunde und frischer Rhetorik überzeugten vor allem die Mädchen. Unter den vier Schülern, die Mecklenburg-Vorpommern beim Bundeswettbewerb am 19. und 20. Juni in Berlin vertreten werden, sind drei junge Frauen. In der Klassenstufe 8 bis 10 gewann Wibora Broschinski (15) von der Werkstattsschule Rostock vor Michèle Fischer (15) vom Fridericianum Schwerin. Die 16-jährige Schülerin Franziska Bröker vom Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium in Greifswald belegte den zweiten Platz der Klassen 11 und 12. Hier siegte der 18-jährige Tom Brüggert vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium in Wismar, der damit die Ehre der jungen Männer hochhielt. Insgesamt waren acht Finalisten an den Start gegangen, vier pro Altersgruppe.

„Soll der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern in offener Abstimmung gewählt werden?“ – war das Thema, mit dem sich die älteren Schüler auseinandersetzen mussten. Über Sinn oder Unsinn eines „Kinderrechtsbeauftragten“ debattierten die jüngeren Pro und Contra, nach genau festgelegten Re-

geln. Sie hörten dem „Andersdenken“ zu, griffen dessen Argumente auf – akzeptierten sie oder verwarfen sie im kulturvollen Wortgefecht, setzten eigene Argumente dagegen – und sich dem Urteil der Jury aus. Und begeisterten so auch gestandene Politiker wie Reinhard Dankert (SPD), Dr. Marianne Linke (DIE LINKE) und FDP-Fraktionschef Michael Roolf, die sich durchaus beeindruckt zeigten von den Fähigkeiten der jungen Redner. „Demokratie muss gelernt werden. Und man kann nicht früh genug damit beginnen. Wichtig ist, bei aller Verschiedenheit der Ansichten, dem politischen Gegner Achtung entgegenzubringen“, erklärte Landtags-Vizepräsident Hans Kreher. Auch für Bildungsminister Henry Tesch ist die Fähigkeit zu debattieren eine Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. „Die Landesfinalisten haben heute einmal mehr gezeigt, warum der Wettbewerb so wichtig ist. Gelebte Demokratie bedeutet nicht nur Interesse an politischen Themen, sondern auch die Auseinandersetzung mit ihnen. Alle Schülerinnen und Schüler haben heute mit herausragenden Leistungen ihr Talent bewiesen“, sagte der Minister.

Sie haben sich durchgesetzt im Redewettstreit gegen rund 2800 Mitbewerber, die sich insgesamt am Landeswettbewerb beteiligt hatten. Bevor die vier Landsieger nach Berlin reisen, werden sie bei einem dreitägigen professionellen Rhetorik-Training auf das Bundesfinale vorbereitet. Wer in der Bundeshauptstadt gewinnt, soll die Siegerurkunde direkt aus den Händen von Bundespräsident Horst Köhler erhalten.

## „Jugend debattiert“

ist ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und den Kultusministerien der Länder. Der Landtag stellt für die Vor- und Finalrunden des Landesfinales die Konferenzräume und den Plenarsaal des Parlaments zur Verfügung. Schirmherr von Jugend debattiert ist Bundespräsident Horst Köhler.

# Für mehr Familienfreundlichkeit sorgen

**Landtag diskutiert demografischen Wandel in Aktueller Stunde**

■ Die Regierungsfractionen in Mecklenburg-Vorpommern wollen die Bedingungen für die Kinderbetreuung verbessern. Das wurde in der **Aktuellen Stunde am 10. März deutlich. Das Thema „Demografischen Wandel gestalten – Kinderlachen zulassen, Familien helfen, Wirtschaft entwickeln und Senioren einbinden“ hatte die CDU beantragt.**

In den letzten vier Jahren seien die Zuschüsse des Landes für die Kindertagesbetreuung um 32,4 Prozent erhöht worden, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Harry Glawe**. Es gebe aber immer noch Teilbereiche für Familien, die das Land stärker fördern sollte. „So könnte man über die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in der Kita nachdenken“, sagte der Sozialpolitiker. Dies sei in Anhörungen von Verbänden gewünscht worden. Er stellte in Aussicht, dass künftig eine Erzieherin für weniger Kinder als bisher zuständig sein könnte. „Das sollte schon 2010 und 2011 angegangen werden“, sagte er und forderte: „Wagen wir den Schritt für mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern!“ Weitergehende Pläne des Koalitionspartners SPD wolle die CDU nicht pauschal ablehnen. Dazu sei aber viel Geld nötig. Prioritäten müssten gesetzt werden.



Harry Glawe (CDU)

Der demografische Wandel gehört nach Ansicht von Ministerpräsident **Erwin Sellering** zu den größten Herausforderungen des Landes. Mecklenburg-Vorpommern sei vom jüngsten zum ältesten Bundesland geworden. 2013 werde das

Durchschnittsalter hier im Land 51 Jahre betragen. Der Wandel, für den es unterschiedliche Ursachen gebe, könne nicht aufgehoben – aber beeinflusst werden. So müsse die Politik unter anderem für mehr Familienfreundlichkeit sorgen. Bei der Verbesserung der Kinderbetreuung sei das Land schon sehr gut vorangekommen. Der Weg müsse weiter verfolgt werden. Als Schwerpunkte nannte er ein kostenloses Mittagessen für alle Kita-Kinder, niedrigere Krippenbeiträge und mehr individuelle Förderung. Das habe die SPD-Landesspitze auch für das Wahlprogramm der Sozialdemokraten zur Landtagswahl 2011 vorgeschlagen.



Ministerpräsident Erwin Sellering

DIE LINKE bezweifelte, dass eine Diskussion über den demografischen Wandel für eine Aktuelle Stunde geeignet sei. „Sind die Probleme der Familien und der Wirtschaft für Sie völlig neu, dass Sie erst jetzt agieren wollen?“, fragte der Fraktionsvorsitzende **Helmut Holter** die CDU-Abgeordneten. „Das ist nun wirklich ein Zeugnis Ihres Realitätsverlustes.“ Der Rückgang der Bevölkerung sei aber eine Herausforderung für die Politik, die beispielsweise für Familien die Rahmenbedingungen besser gestalten müsse. Seine Frakti-

on unterstütze die Forderung nach einem kostenlosen Mittagessen für Kinder. Es gehe aber auch um Chancengleichheit in der Bildung, eine Erhöhung des Schulabgangsniveaus und um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er regte unter anderem Programme für Berufsrückkehrer und die Schaffung von Arbeitsplätzen an. Mecklenburg-Vorpommern müsse zudem die Zuwanderung fördern.



Helmut Holter (DIE LINKE)

**Martina Tegtmeier** (SPD) verwies auf die These des Leiters des Rostocker Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, Joshua Goldstein, dass die Menschen zwar älter werden, aber länger gesund bleiben. So gesehen, altere die Gesellschaft gar nicht. Dies sei eine interessante Betrachtungsweise. Der Rückgang



Martina Tegtmeier (SPD)

Fotos: Uwe Balewski

der Bevölkerung jedoch könne kaum aufgehalten werden. Im Schnitt müsste jede Frau mehr als zwei Kinder zur Welt bringen, damit die Gesellschaft nicht schrumpfe. Dazu seien aber viele Frauen nicht bereit. Die Geburtenrate liege in den Ländern höher, die gute Rahmenbedingungen für Familien bieten. Dabei gehe es nicht allein um die Kinderbetreuung. Auch die Wirtschaft müsse – beispielsweise mit flexiblen Arbeitszeiten – jungen Eltern entgegen kommen. Wären Beruf und Familie besser vereinbar, würde sich das positiv auf die Geburtenrate auswirken.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roof** appellierte an die CDU, sich nicht weiter „sozialdemokratisieren“ zu lassen. Das Geld, das für Soziales verteilt werde, müsse zuvor erarbeitet werden, sagte er. Roof warf Sozialministerin Manuela Schwesig vor, die Kindergelderhöhung von 20 Euro den Eltern zum großen Teil gleich wieder genommen zu haben, indem die Kita-Beiträge vielerorts im Land um 12 bis 16 Euro gestiegen seien. Für junge Leute forderte er eine qualitativ hochwertige und wohnortsnahe Berufsausbildung im Land. Die „Buslinie“ dürfe nicht über die „Bildungslinie“ entscheiden. Für ältere Leute sei eine „Vitalisierung des ländlichen Raums“ nötig, sagte er. Dazu gehörten unter anderem Einkaufsmöglichkeiten in Dörfern und eine flächendeckende medizinische Betreuung.



Michael Roof (FDP)

Nach Ansicht von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** ist die Geburtenrate letztlich das Ergebnis der Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt werden. „Schlicht und ergreifend“ seien „mehr deutsche Kinder in Deutschland“ nötig. Bessere Kinderbetreuung und ein warmes Mittagessen seien keine Lösung. Den demokratischen Parteien warf er eine „familienfeindliche“ und „asoziale“ Politik vor. „Ihr Festhalten an einem pervertierten politischen Konzept, das Sie Emanzipation nennen“, habe letztlich zu Kinderarmut im wahrsten Wortsinn geführt. „Es ist eine Tatsache, dass das höchste Armutsrisiko für Erwachsene in diesem Land Kinder sind“, sagte Pastörs. Alleinerziehende Mütter blieben sich selbst überlassen. Er kritisierte auch die Bildungspolitik mit über „80.000 funktionalen Analphabeten“ und einem „Chaos“ in der Lehrpersonalpolitik.



Udo Pastörs (NPD)

Kinderlachen dürfe nicht als Belästigung empfunden werden, sagte **Dr. Armin Jäger** (CDU). Er verwies auf gerichtliche Entscheidungen, mit denen Kindergärten in Wohngebieten untersagt wurden. Zu dem Thema habe der Bundesrat jetzt eine Entschließung verabschiedet. Demnach sollen Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten „im Regelfall“ zulässig sein. Die Länderkammer unterstütze Bemühungen der Regierung, die Gesetzeslage für mehr Rechtssicherheit zu ändern und Kinderlärm als „sozialadäquat“ anzuerkennen. Er selbst habe sich dafür eingesetzt, dass

hier im Landtag ein solcher Antrag schon einmal diskutiert würde. Dies sei zunächst vom Koalitionspartner abgelehnt worden. Er warb dafür, dass die Abgeordneten sich im Parlament doch noch mit dem Thema beschäftigen und die Landesregierung beauftragen, das Vorhaben im Land umzusetzen.



Dr. Armin Jäger (CDU)

Fotos: Uwe Balewski

### Statistik Mecklenburg-Vorpommern

Vom 1. Januar bis 30. September 2009 sank die Bevölkerungszahl im Land um 10.407 Personen (0,6 Prozent) auf 1.653.949 Einwohner – 819.594 männlichen und 834.355 weiblichen Geschlechts. Dieser Rückgang ist sowohl auf Wanderungsverluste (- 6.604) als auch auf das Geburtendefizit (-3.822) zurückzuführen. Die Betrachtung nach dem Geschlecht zeigt, dass M-V mehr Männer (-3.528) als Frauen (-3.076) verloren hat. Die meisten Wegzüge erfolgten nach Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein. Im genannten Zeitraum wurden 9.720 Kinder geboren, 0,3 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. 8.691 Paare gaben sich das Ja-Wort, das waren 0,6 Prozent Eheschließungen mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Quelle: Statistisches Landesamt  
Mecklenburg-Vorpommern

# Wertstandorte erhalten

**Landtag mahnt Verantwortungsbewusstsein bei Unternehmer an**

■ **Der Landtag bekennt sich zu den Wertstandorten und appelliert an Eigentümer und Insolvenzverwalter, ihrer Verantwortung gerecht zu werden sowie Zusagen einzuhalten. Ein entsprechender Antrag der Koalitionsfraktionen erhielt am 11. März eine Mehrheit im Plenum.**

Der SPD-Wirtschaftsexperte **Jochen Schulte** sprach sich für eine starke Rolle der Politik bei den Werften aus. Doch die „unternehmerische Verantwortung“ des Nordic Yards-Werfteigentümers Witali Jussufow könnten Land und Bund nicht ersetzen. Die maritime Industrie sei von herausragender Bedeutung und ein wichtiger Eckpfeiler für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. In den Großwerften in Wismar, Warnemünde, Stralsund und Wolgast arbeiteten seinen Angaben nach im Jahr 2008 rund 4.600 Menschen. In die Werften, die zu den modernsten der Welt gehörten, seien mehr als zwei Milliarden Euro Beihilfen vor allem vom Bund geflossen. Das Land habe die Schiffbauindustrie unter anderem mit Bürgschaften und Darlehen unterstützt. Aber das Land könne nicht Aufträge einwerben oder die Finanzierung der Aufträge sichern, dies bleibe unternehmerische Verantwortung. Der russische Investor Jussufow müsse deutlich machen, dass er selbst an eine Zukunft der Standorte Wismar und Warnemünde glaubt.

Linksfraktionschef **Helmut Holter** geht der Antrag der Koalitionsfraktionen nicht weit genug. Er forderte in einem eigenen Antrag ein industriepolitisches Konzept zur Entwicklung der maritimen Standorte. Kurzfristig sei eine Verlängerung der Transfergesellschaften über den 31. März hinaus nötig. Dies sei gerade vor dem Hintergrund möglicher neuer Aufträge ein Gebot der Stunde. Selbst wenn Jussufow keine rasche Finanzierung des Großtanks, den der russische Bergbau-Konzern Norilsk Nickel jetzt bestellt hat, gelingen sollte. „Das wird Geld kosten. Aber es ist die Frage, ob es nicht gerechtfertigt ist, um

die Mannschaft zusammen zu halten.“ Die Verantwortung für das Überleben der Werften könne die Landesregierung „nicht delegieren“. Langfristig sei ein abgestimmtes Konzept zwischen allen Akteuren der maritimen Industrie nötig, bei dem Struktur- und Arbeitsmarktpolitik ineinandergreifen. Zudem sei eine Beteiligung von Bund und Land an den größten maritimen Unternehmen zu prüfen. Der Antrag der Linksfraktion fand keine Mehrheit.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** bekannte sich zu einer Verlängerung der Übergangslösung für die Schiffbauer in Wismar und Rostock-Warnemünde. Dies sei jedoch nur möglich, wenn Werfteigentümer Witali Jussufow beim vorerst letzten Krisentreffen in der Schweriner Staatskanzlei am 24. März das nötige Finanzierungskonzept auf den Tisch lege. „Wenn der Investor die Voraussetzungen schafft, ist selbstverständlich der Weg frei für eine positive Entscheidung“, erklärte der Regierungschef. Darüber hinaus müsse Jussufow beizeiten Folgeaufträge einwerben. „Wir haben Aussicht für Arbeit ab Juli. Aber selbstverständlich muss es danach weitergehen.“ Der Großtanker-Auftrag sei, wenn die Kredite für die Fertigung flößen, eine gute Basis für weitere Bestellungen. „Wenn neue Aufträge kommen, wird es mit jedem weiteren Schiff ein bisschen weniger schwer.“

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** warnte allerdings vor überzogenen Erwartungen. So bleibe es unklar, ob Jussufow die bei der Werftübernahme zugesagten 1.200 Stellen in Wismar und Warnemünde erhalten könne. „Das heißt im Klartext, dass wir schon heute wissen, dass nicht alle Beschäftigten wieder einen Arbeitsplatz bekommen.“ Neue Aufträge seien die „Schlüsselfrage“. Der Minister wies Vorwürfe der Linken zurück, das rot-schwarze Kabinett ergehe sich wegen der staatlichen Millionenkredite und -bürgschaften für die Werften in „Lobhudelei“. Das von der Linksfraktion geforderte industriepolitische Konzept für die maritime Wirtschaft existiere bereits. „Aber wir haben nicht die Zeit, immer nur über Konzepte zu reden. Wir müssen handeln“, betonte Seidel.

FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** äußerte Kritik am Vorstoß der Linken zu einer „Ver-

Foto: Cornelius Kettler



Hunderte Nordic-Schiffbauer demonstrierten vor dem Landtag für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

staatlichung“ von Schiffbau-Betrieben: „Wir wollen die freie soziale Marktwirtschaft und nicht die rückwärtsgewandte Orientierung in den Sozialismus.“ Mit einer Verlängerung der Transfergesellschaften würden Hoffnungen verbunden, die keine Grundlage hätten, bemängelte er. Im Antrag der Regierungskoalitionen sei mit keinem Wort der Mittelstand erwähnt. Rund 240 Zulieferbetriebe mit mehr als 10.000 Mitarbeitern seien von der Werften-Insolvenz betroffen. Seine Fraktion werde beide Anträge ablehnen.

**Wolfgang Waldmüller** (CDU) verwies auf „erhebliche Anstrengungen des Landes“, einen maritimen Kern zu erhalten. „Jetzt dürfen wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben“, betonte er. Dennoch warnte er davor, sich auf neue Forderungen einzulassen, bevor der Schiffbauauftrag finanziert ist. Die einzelnen Punkte im Antrag der Linken seien entweder „ungeeignet“ zur Lösung der Probleme oder würden bereits umgesetzt.

Nach Auffassung von **Udo Pastörs** (NPD) wird mit der Diskussion „viel Wind um nichts“ gemacht. Am Ende komme das Land nicht gegen den Eigentümer an. Jussufow könne mit seinem Besitz machen, was er wolle. Seine Fraktion fordere eine Beteiligung des Landes an den Werften. Als Miteigentümer könne der Staat mit am Tisch sitzen und mitbestimmen.

Antrag der Koalition: [Drucksache 5/3289](#)

Antrag DIE LINKE: [Drucksache 5/3283](#)

# Frauen im Spiegel von Zahlen

**Studie soll Gleichstellung befördern**

■ Die Situation der Frauen in Mecklenburg-Vorpommern und die Hemmnisse für junge Eltern auf dem Arbeitsmarkt sollen eingehend untersucht werden. Der Landtag hat am 10. März die Landesregierung aufgefordert, Geld für ein neues Sonderheft des Statistischen Landesamtes „Frauen in M-V im Spiegel der Zahlen“ zur Verfügung zu stellen. Die bislang letzte umfassende Datenerhebung zu diesem Thema liegt aus dem Jahr 2005 vor. Zudem soll mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds eine Studie zu den Schwierigkeiten junger Eltern am Arbeitsmarkt in Auftrag gegeben werden. Einen entsprechenden Antrag brachten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP gemeinsam ein.

Konkrete Daten für alle Lebensbereiche seien eine Grundlage für zielgerichtete Gleichstellungspolitik, sagte **Dr. Margret Seemann**, SPD-Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung. Sie verwies darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich in einigen Kategorien vordere Plätze belegt. So betrug der Frauenanteil in Spitzenpositionen der Verwaltung von Landkreisen und kreisfreien Städten 2008 rund 30 Prozent. Damit nehme das Land Platz 2 nach Berlin ein. Mehr als die Hälfte aller Doktor-Titel sei 2007 von Frauen erworben worden. Nur in Schleswig-Holstein war die Zahl noch höher. 40 Prozent aller Mütter mit Kindern unter drei Jahren haben einen Job – damit liege Mecklenburg-Vorpommern über dem Durchschnitt aller Bundesländer. Allerdings seien beispielsweise hier im Landesparlament weniger als 27 Prozent der Abgeordneten weiblich – nur in Baden-Württemberg sei die Quote noch schlechter. Ebenso sind Margrit Seemann zufolge weniger Frauen als Hochschulprofessoren tätig als in den meisten anderen Bundesländern. Studien würden belegen, dass



Die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Margret Seemann (2.v.r.) mit Dr. Renate Hill, Geschäftsführerin Landesfrauenrat M-V; Petra Willert, Gleichstellungsbeauftragte Schwerin, und Beate Schroeder, Frauenreferat Deutscher Beamtenbund M-V (v.l.)

junge alleinerziehende Mütter ohne Berufsabschluss die größten Probleme haben, Arbeit zu finden. Für mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt sollen verschiedene Maßnahmen sorgen. Die SPD-Politikerin nannte unter anderem die Regionalstellen zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, den Girl's Day und ein Projekt, das Frauen mehr Aufstiegschancen in Unternehmen ermöglichen soll.

**Peter Ritter** (DIE LINKE) erinnerte daran, dass seine Fraktion bereits vor zwei Jahren einen ähnlichen Bericht gefordert hatte. Alle demokratischen Fraktionen hätten auch zugestimmt, doch sei der Antrag dann in den „Dornröschenschlaf“ gefallen. Die Fortführung der Sonderhefte könne Grundlage für den „Gender-Report“ sein, den die LINKE ursprünglich in einem eigenen Antrag gefordert hatte. Die Studie solle zeigen, wie es um die Teilhabe junger Väter und Mütter am Erwerbsleben stehe. Vor allem Mütter mit Kleinkindern hätten es schwer, den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu meistern. Mit beiden Untersuchungen könnten Erkenntnislücken geschlossen und Handlungsanleitungen gefunden werden.

**Beate Schlupp** (CDU) betonte, dass es auf dem Feld der Gleichstellungspolitik noch viel zu tun gebe. So würden sieben von zehn Frauen nach der Geburt des ersten Kindes ihr Erwerbsleben für länger unterbrechen, während Männer in dieser Zeit die Karriereleiter hochklettern. Auch

aus diesem Grund sei die Rente von Frauen meist niedriger als die der Männer. Verlässliche Daten, die über einen längeren Zeitraum ausgewertet würden, sind ihrer Überzeugung nach unverzichtbare Grundlage für Entscheidungen der Politik.

Nach Auffassung von **Ralf Grabow** (FDP) muss besonderes Augenmerk auf Alleinerziehende gerichtet werden. Dieser Forderung der Liberalen komme der Antrag zumindest teilweise nach.

**Stefan Köster** (NPD) warf den demokratischen Parteien vor, die Ursachen der Probleme nicht begriffen zu haben. Viele Arbeitnehmer müssten pendeln, was eine Verbindung von Familie und Beruf unmöglich mache. Frauen müsste ein „Müttergehalt“ und eine Zusatzrente je Kind zugesichert werden.

**Dr. Margret Seemann** erwiderte, dass Frauen nicht als „Gebärmaschinen“ zur Verfügung stehen. Sie wollten gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen. Wenn dies garantiert werde, würden auch wieder mehr Kinder auf die Welt kommen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen angenommen.

Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP: [Drucksache 5/3293](#)

Antrag DIE LINKE: [Drucksache 5/1301](#)

Änderungsantrag der FDP:

[Drucksache 5/1351](#)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses: [Drucksache 5/3305](#)

# Schule und Wirtschaft

## Landtag will Übergang in Ausbildung verbessern

■ Der Landtag will einen besseren Übergang von Schulabgängern in eine erfolgreiche Ausbildung ermöglichen und so dem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Die SPD/CDU-Koalition brachte den Antrag „Kooperation von Schule und Wirtschaft stärken“ am 11. März ein. Ein Änderungsantrag der FDP wurde abgelehnt.



Foto: Jens Büttner

Es sei vorrangig Aufgabe der Unternehmen, Nachwuchs an Fachkräften zu gewinnen, hieß es im Koalitions-Antrag. Jedoch brauche die Wirtschaft dabei die Unterstützung der Politik, sagte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) zur Begründung. Vor allem sozial benachteiligte Jugendliche und Jungen und Mädchen ohne Schulabschluss müssten besonders gefördert werden. Dafür seien auch bereits bestehende Maßnahmen wie das landesweite Netzwerk „SchuleWirtschaft“ auf allen staatlichen Ebenen zu unterstützen. Die Landesregierung wurde aufgefordert, alle regionalen Konzeptionen zu diesem Thema zusammenzustellen und bekannt zu machen.

Bildungsminister **Henry Tesch** wies darauf hin, dass nur etwa 60 Prozent aller Schulabgänger den nahtlosen Übergang in eine Ausbildung schaffen. Oft entsprächen die Wünsche und Fähigkeiten der Schulabgänger nicht den Anforderungen der Unternehmen. Für die Jugendlichen habe sich in den vergangenen Jahren ein schwer überschaubares Übergangssystem mit vielen Angeboten entwickelt. Parallelstrukturen müssten jedoch vermieden werden, forderte der Minister. Er sprach sich für ein Gremium in jeder Region aus, das die Angebote koordiniert, etwa die inzwischen elf Arbeitskreise „SchuleWirtschaft“. Vier weitere Arbeitskreise seien im Aufbau. An den Schulen soll die Berufsfrühorientierung besser werden, kündigte der Minister an. An allen weiterführenden Schulen im

Land gebe es einen Kontaktlehrer für Berufsorientierung. Viele Schulen organisierten einen Praxislerntag pro Woche. In den Klassen acht bis zehn absolvierten die Jugendlichen im Land an insgesamt 25 Tagen Betriebspraktika. So genannte Berufseinstiegsbegleiter gebe es an 29 ausgewählten Schulen. Sie stehen jungen Leuten in der letzten Zeit vor dem Ende der Schule und auch noch nach dem Wechsel in die Ausbildung zur Seite.

Nach Auffassung von **Andreas Bluhm** (DIE LINKE) ist das Ministerium schon weiter, als mit dem Antrag gefordert wird. Der greife zu kurz. Das Problem beginne nicht erst am Ende der Schulzeit, sondern viel früher. Die Schule müsse solche Kenntnisse vermitteln, die auch im späteren Leben von Nutzen sind. Zusätzlich sei es nötig, Anforderungen einer beruflichen Ausbildung zu vermitteln. „Wenn jedoch Ausbildungsbetriebe und Hochschulen flächendeckend und zunehmend beklagen, dass grundlegende und zu erwartende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht mehr vorhanden sind, stimmt etwas nicht.“ Methoden der Berufsfrühorientierung gehörten durchaus zum schulischen Auftrag. Allerdings würden einheitliche Verfahren und Standards fehlen. Er regte an, einen Rahmenplan für die berufliche Frühorientierung zu erstellen.

**Jochen Schulte** (SPD) wies auf die Herausforderungen hin, die der demografische Wandel mit sich bringt. In den neu-

en Bundesländern sei bereits heute der Anteil der über 50-Jährigen an der Gesamtbeschäftigtenzahl deutlich höher als im westlichen Bundesgebiet. In der Region Rostock bestehe schon seit 2008 ein Mangel an Fachkräften in exportstarken Industriezweigen wie Maschinenbau und Elektrotechnik. Gleichzeitig sinke die Zahl der Schulabgänger. Er mahnte ein „koordiniertes Handeln“ aller Akteure an. Vor Ort gesammelte Erfahrungen müssten über die Region hinaus im Land bekannt gemacht werden. Zudem müsse das Lohnniveau hierzulande dem westdeutschen angepasst werden, damit junge Leute nicht abwandern.

**Michael Roof** (FDP) bezeichnete den Antrag der Koalition als „inkonsequent“. Nur Papiere zusammenzustellen, reiche nicht. Deshalb habe die FDP in einem Änderungsantrag unter anderem gefordert, die Konzeptionen auch zu bewerten. Den Regionen sollten nicht nur Informationen zur Verfügung gestellt, sondern erfolgreiche Modelle auch gemeinsam mit den Partnern vor Ort umgesetzt und weiterentwickelt werden. Seine Fraktion werde dem Koalitionsantrag nur mit den geforderten Änderungen zustimmen, kündigte er an.

**Birger Lüssow** (NPD) kritisierte eine in seinen Augen verfehlte Ausländerpolitik, die auch im Bildungsbereich Folgen zeige. Hochbegabte Kinder und solche, die schlecht deutsch sprechen, würden sich oft in einer Klasse wiederfinden. Da sich Lehrer nach dem schwächsten Glied richten müssten, wirke sich dies auf das gesamte Niveau negativ aus. Seine Fraktion fühle sich vor allem der Förderung einheimischer Schüler verpflichtet.

**Wolfgang Waldmüller** (CDU) verteidigte in der Debatte den Antrag gegen Kritik. Informationen zur Verfügung zu stellen, sei ein erster Schritt. Andere könnten Erprobtes nachahmen und von Erfahrungen profitieren. Viele Angebote für den Übergang von der Schule zur Arbeitswelt seien noch zu unbekannt oder schwer zu überblicken. Er nannte als positive Beispiele unter anderem das Projekt „ParMa“ aus dem Raum Parchim, in dem regionale Akteure zusammenarbeiten, und das Neubrandenburger Modell „Praxispilot“, das Netzwerke im Bereich der Berufsfrühorientierung knüpft.

Antrag der Koalition:

[Drucksache 5/3291](#)

Änderungsantrag der FDP:

[Drucksache 5/3323](#)



## Sonderabgabe für Banken?



**Rudolf Borchert**

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



**Sigrun Reese**

Stellv. Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion

■ Die vom Bundesfinanzminister vorgeschlagene Bankenabgabe ist ein Schritt in die richtige Richtung, greift aber nach meiner Auffassung zu kurz. Nach den derzeitigen Plänen werden nur Kreditinstitute einbezogen, nicht aber Versicherungs- und Fondsgesellschaften, die ebenfalls großen Anteil am internationalen Finanzmarkt haben und die Finanzkrise maßgeblich mit verursacht haben.

Mit der Bankenabgabe wird zwar ein „Rettungspolster“ für zukünftige Finanzmarktkrisen geschaffen – was ich grundsätzlich begrüße –, aber eine Beteiligung an den Folgekosten der aktuellen Situation ist damit nicht verbunden. Zu Recht befürchtet die Wirtschaft, dass die Bankenabgabe zu Kreditklemmen führen kann und dass die Banken die Abgabe auf die Kreditnehmer, sprich: Kunden, abwälzen werden.

Die klassische Unternehmensfinanzierung und Privatkundenbetreuung war jedoch nicht der Auslöser für die Finanzkrise. Unter anderem aus diesem Grunde sollten zum Beispiel auch die Sparkassen nicht so stark mit einer Abgabe belastet werden wie diejenigen Institute, die stark spekulative Finanztransaktionen tätigen. Die Regelungsmechanismen für die Finanzmärkte müssen da ansetzen, wo Spekulation wirksam eingeschränkt werden kann, ohne dass die Wirtschaft ausgebremst wird.

Wir fordern deshalb die schnellstmögliche Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer. Sie ist ein wirksames Mittel, um die von der Realwirtschaft völlig losgelösten Spekulationen an den Finanzmärkten spürbar einzudämmern. Ziel ist es vor allem, Sand ins Spekulations-Getriebe der Finanzmärkte zu streuen und volkswirtschaftlich unsinnige kurzfristige Spekulationen einzuschränken, wie beispielsweise der computergestützte Börsenhandel, bei dem ein Wertpapier mehrere hundert Male am Tag ge- und verkauft wird. Bei jedem dieser Käufe oder Verkäufe wäre dann die Finanztransaktionssteuer fällig. Die Spekulationsaktivitäten würden eingedämmt, und zudem würden Einnahmen für die öffentliche Hand generiert. Die Verursacher der Finanzkrise könnten so an den Folgekosten der Krise beteiligt werden.

■ Angesichts der derzeitigen Finanzmarktkrise und der zu Tage getretenen Probleme, wird die bereits 1972 geborene Idee einer Finanztransaktionssteuer neu diskutiert. Damit sollen Devisentransaktionen und kurzfristige Spekulation unterbunden werden.

Leider geht die Idee, so wie sie auch von der Großen Koalition in M-V verfolgt wird, an der tatsächlichen Lebenswirklichkeit vorbei, denn sie müsste, um überhaupt wirken zu können, gleichzeitig, in gleichem Umfang und weltweit, also im vollständigen internationalen Einklang, eingeführt werden. Sonst wandert der betroffene Devisenhandel einfach in andere, unregulierte Marktplätze ab.

■ **Nach den Plänen der Bundesregierung sollen künftig alle deutschen Kreditinstitute in einen Stabilitätsfonds einzahlen, damit die Branche in Zukunft etwaige Bankenkrisen aus eigener Kraft abfedern kann und nicht der Staat und damit der Steuerzahler für die Rettung von Banken einspringen muss. Der Landtag hat dieses Thema am 12. März auf Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU debattiert und die Landesregierung beauftragt, sich auf Bundesebene u.a. für die Einführung einer Transaktionssteuer einzusetzen.**

*Drucksache 5/3290*

Die einseitige Einführung einer Finanztransaktionssteuer würde Deutschland isolieren, zu einer irreparablen Kapitalflucht führen und dem Wirtschaftsstandort in erheblicher Weise schaden. Leistungsfähige Finanzmärkte dienen der Wirtschaft, indem sie Unternehmen oder innovative neue Unternehmungen finanzieren. Wir brauchen starke Finanzmärkte und Banken!

Das eigentliche Ziel der Befürworter ist wohl eher eine Erhöhung der Steuereinnahmen. Manchen behaupten, die Transaktionssteuer sei eine Art Notfallpolster zum Ausgleich der Kosten für die Bankenrettungspakete. Ich nenne es modernen Ablasshandel. Verteuerte Transaktionen bei gleichen Spielräumen für die Banken? Nein! Wir brauchen internationale Regelungen, die Krisen durch Missbrauch und Fehlentwicklungen verhindern. Freiheit darf nicht länger von Verantwortung getrennt werden. Das Risiko und

die Haftung dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden können.

Nach einem Jahrzehnt, in dem es keine echte Ordnung auf dem Finanzmarkt gab, will die Schwarz-Gelbe Bundesregierung eine neue Ordnung schaffen. Dazu gehören eine transparente Bankenaufsicht und eine Bankenabgabe zum Aufbau eines Stabilisierungsfonds. Mit einer tatsächlich wirksamen und praktikablen Bankenkontrolle wird letztlich mehr erreicht, als mit einer Transaktionssteuer, die nur dem Stopfen anderer Haushaltslöcher dient.

# Erfolge und Herausforderungen im Kampf für Demokratie und Toleranz

**Landtag beriet Zwischenbericht zu Landes-Programm**

■ Im Kampf für Demokratie und Toleranz hat Mecklenburg-Vorpommern Erfolge zu verzeichnen, aber auch noch Herausforderungen zu bestehen. Das zeigte der Zwischenbericht zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, den die Landesregierung am 12. März dem Landtag vorlegte. In der Analyse wird unter anderem die Arbeit der fünf Regionalzentren für demokratische Kultur unter die Lupe genommen. Der Landtag hatte das Landesprogramm im April 2006 beschlossen. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

**Ministerin Manuela Schwesig:**

**„Flagge zeigen  
für eine lebendige Demokratie“**



Foto: Cornelius Kettler

■ „Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Bericht ist der Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ Er gibt einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung von Demokratie und Toleranz in unserem Bundesland. Ich danke allen Häusern, die für diesen Bericht zugearbeitet haben. [...]

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, [...] gestatten Sie mir an dieser Stelle [...] einige grundsätzliche Bemerkungen. Wir tun viel in Mecklenburg-Vorpommern, um der menschenverachtenden Ideologie der Ewiggestrigen den

Nährboden zu entziehen. Wir haben viel erreicht, aber solange Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und Rassismus in unserem Land noch vorhanden sind, liegt noch ein weiter Weg vor uns. Dass wir noch nicht am Ziel sind, zeigt die gezielte Provokation in Sternberg. Wer in Kirchen einbricht und eine Hakenkreuzfahne am Turm der Stadtkirche befestigt, erreicht nur eins, die geschlossene Front der Demokraten.

Andere Rechtsextreme versuchen in unserem Land, als Biedermänner unsere Demokratie zu unterwandern. Sie versuchen, in die Mitte unserer Gesellschaft einzudringen, spielen den engagierten Feuerwehrmann, organisieren Kinderfeste oder versuchen, in Elternvertretungen Fuß

## Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“

Am 6. April 2006 hat der Landtag einem von SPD, Linkspartei.PDS und CDU gemeinsam eingebrachten Antrag zugestimmt und das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ beschlossen (Drucksache 4/2169). Ziel dieses Landesprogramms ist zum einen, die positive Einstellung und das Eintreten für den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat und dessen Menschen- bzw. Gesellschaftsbild zu fordern und zu fördern. Zum anderen soll der Schutz des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates vor Verfassungsfeinden und extremistischen Gewalttaten und Terrorangriffen gesichert und gefördert werden.

Mit Beschluss des Landtages vom 24. April 2008 (Drucksache 5/1410) wurde die Landesregierung aufgefordert, das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ umfassend zu evaluieren und den Landtag über die Ergebnisse und Schlussfolgerungen zu unterrichten.

zu fassen. Selbst in Kitas versuchen die Rechtsextremen, potenziellen Nachwuchs zu rekrutieren. [...] Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die ganze Landesregierung den Innenminister bei seinen Bemühungen unterstützt, ein Verbotsverfahren gegen die NPD durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Demokratie lässt sich nicht verordnen. Demokratie müssen wir leben. Die Landesregierung setzt deshalb auf demokratisches Verhalten, sie setzt auf bürgerschaftliches Engagement, sie setzt auf die Förderung von Toleranz und Weltoffenheit. Und darum haben wir ein institutionelles Beratungsnetzwerk geschaffen. Mit unseren fünf Regionalzentren sind wir in Mecklenburg-Vorpommern einzigartig in Deutschland.

Was haben wir erreicht?  
Das gesellschaftliche Interesse für das Themenfeld „Stärkung von Demokratie und Toleranz“ wurde deutlich erhöht. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen wurde [...] verbessert. Die öffentlichen Positionierungen für demokratische Werte haben [...] deutlich zugenommen. Innerhalb der Landesregierung hat sich die Koordinierung

und Abstimmung der auf die Stärkung von Demokratie und Toleranz gerichteten Aktivitäten durch die Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle, der Interministeriellen Arbeitsgruppe und des Vergaberrates verbessert. Die Bundesprogramme wurden konsequent genutzt und mit den Schwerpunktsetzungen des Landesprogramms verknüpft.

Ende dieses Jahres schließt die laufende Förderperiode der Bundesprogramme ab. Derzeit wird an den Vorbereitungen zu ihrer Weiterführung gearbeitet. Dazu habe ich am 12. März 2010 die Bundestagsabgeordneten [...] unseres Bundeslandes eingeladen.

Wir werden darstellen, welche positiven Wirkungen die Bundesprogramme in Mecklenburg-Vorpommern haben und wo wir weiteren Handlungsbedarf sehen. Aus Sicht der Landesregierung kann es an dieser Stelle keine Kürzung geben. [...] Das werde ich auch mit Bundesministerin Schröder persönlich besprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal an alle politischen und staatlichen Verantwortlichen appellieren. Bekennen Sie Farbe, stellen Sie sich den Bür-

gerinnen und Bürgern, zeigen Sie Flagge für eine lebendige Demokratie! Diskutieren Sie, suchen Sie Verbündete, finden Sie Mehrheiten, versuchen Sie, widerstreitende Interessen auszugleichen, auch wenn das bedeutet, dass man gelegentlich Zuminutungen, wie sie hier in diesem Parlament stattfinden, aushalten muss. Und an dieser Stelle darf ich mir eine ganz persönliche Anmerkung erlauben:

Seit Oktober 2008 darf ich als Mitglied der Landesregierung an diesen Landtagsitzungen teilnehmen, und ich habe sehr viel Respekt und Hochachtung davor, wie alle Abgeordneten aller demokratischen Parteien sich hier der NPD stellen.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)*

An dieser Stelle, sage ich, bin ich sehr stolz auf meinen Landtag.

Schauen wir deshalb gemeinsam weiterhin genau hin, was die Feinde der Demokratie treiben! Wir brauchen eine Kultur des Hinschauens in unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren Abgeordnete. Zur Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie gibt es keine Alternative. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

**Regionalzentren für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern**

Die Regionalzentren für demokratische Kultur sollen vor allem auf eine Stärkung der demokratischen Formationen in der Gesellschaft hinwirken. Dafür bündeln die Regionalzentren Kompetenzen verschiedener Partner, die sich – teilweise

bereits seit Jahren – für mehr Demokratie und Toleranz einsetzen. Kommunen, Vereine, Bündnisse, Präventionsräte, Jugendverbände, Schulen, Unternehmen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände finden in den Regionalzentren kompetente Ansprechpartner.

Die Regionalzentren für demokratische Kultur arbeiten Hand in Hand mit aus Bundesmitteln finanzierten Angeboten

und helfen zum Beispiel den Kommunen bei der Umsetzung von lokalen Aktionsplänen.

Fünf Zentren haben im August 2007 ihre Arbeit im Land aufgenommen. In jedem Regionalzentrum sind vier Mitarbeiter beschäftigt. Ihre Arbeit finanzieren das Land Mecklenburg-Vorpommern, der Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie das Bundesfamilienministerium.

**Regionalzentrum Mittleres Mecklenburg-Rostock**

Träger:  
Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorp.  
Beethovenstraße 19  
18209 Bad Doberan  
Tel: 038203/734 291

**Regionalzentrum Nordvorpommern-Rügen-Stralsund**

Träger:  
Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorp.  
Carl-Heydemann-Ring 55  
18437 Stralsund  
Tel: 03831 / 28 25 84

**Regionalzentrum Westmecklenburg**

Träger:  
Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)  
Mecklenburg-Vorp.  
Alexandrinienplatz 7  
19288 Ludwigslust  
Tel.: 03874 / 570 220

**Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte**

Träger:  
CJD Waren (Müritz)  
Friedrich-Engels-Ring 48  
17033 Neubrandenburg  
Tel: 0395 / 56 38 877

**Regionalzentrum Anklam/Süd-vorpommern**

Träger:  
Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA)  
Mecklenburg-Vorp.  
Steinstraße 10  
17389 Anklam  
Tel.: 03971 / 244 920

Peter Ritter, DIE LINKE:

## „Gemeinsam weiter an der Umsetzung des Landesprogramms arbeiten“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin!

*(Stefan Köster, NPD: Liebe Demokraten!)*

Passend zu unserem Antrag, die Unter- richtung der Landesregierung heute hier im Plenum zu behandeln, präsentierte der Gründer und Vorsitzende des Vereins ‚Ge- sichts zeigen!‘, der ehemalige Regierun- gsprecher Uwe-Karsten Heye,

*(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie das mal den verschleierte Damen in Berlin und Rostock! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

am Montag aus Anlass des zehnjährigen Bestehens dieses Vereins eine erschütternde Bilanz. Statistisch gesehen passiert in Deutschland alle 26 Minuten eine rechts-

extrem motivierte Straftat. 2008 waren es rund 20.000, und für 2009 werden ähnliche Zahlen erwartet. Zahlen, die uns auf- und wachrütteln müssen, liebe Kollegin- nen und Kollegen.

*(Udo Pastörs, NPD: Schaffen Sie die Meinungsdictatur ab, dann gehen die Delikte runter!)*

Lassen Sie mich eingangs den Dank mei- ner Fraktion sagen an alle diejenigen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich mu- tig und mit Ausdauer gegen rechtsextre- mistische und nazistische Entwicklungen engagieren,

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

seien es die vielen ehrenamtlich wirken- den Frauen und Männer, Jugendliche und Ältere, seien es die Regionalzentren und bei Lobby e.V. oder in anderen Strukturen, in gewählten Vertretungen, in Verwaltun- gen, in den Schulen und Kirchen, enga- gierte Menschen, die sich darin einig sind, Demokratie zu stärken und Respekt vor anderen Kulturen zu entwickeln. Und ich bin auch den Werftarbeiterinnen und Werftarbeitern dieses Landes sehr dank- bar, die vorgestern deutlich gemacht ha- ben, was sie von den Nazis halten, näm- lich nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, dass für sie alle das Landespro- gramm ‚Demokratie und Toleranz ge- meinsam stärken!‘ wichtige Hilfe und Un- terstützung, auch Leitfaden für konkretes Handeln ist. Und lassen Sie mich daher eingangs an die Adresse der Bundesregie- rung davor warnen, ein neues Bundes- programm gegen Rechtsextremismus so neu zu ordnen,

*(Stefan Köster, NPD: Jawoll!)*

dass es sich zugleich gegen Linksextremis- mus und Islamismus richten soll.

[...] Die Tatsache, dass sich inzwischen neonazistische Erscheinungsformen nicht mehr nur auf das Propagieren stumpfsin- niger Parolen reduzieren lassen, birgt das Risiko einer subtileren und unberechenba- reren Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates in sich.

*(Udo Pastörs, NPD: Wegsperrten am besten.)*

### 8. Mai – Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges

„Der 8. Mai 1945 *war* ein Tag der Be- freiung! Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der na- tionalsozialistischen Gewaltherrschaft“, sagte der damalige Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker in seiner wohl berühmtesten Rede am 8. Mai 1985 aus Anlass des 40. Jahrestages des Kriegsendes. Niemand werde um dieser

Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten, so Weizsäcker. Aber man dürfe nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liege vielmehr in seinem An- fang und im Beginn jener Gewaltherr- schaft, die zum Krieg führte. „Wir dür- fen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Ja- nuar 1933 trennen“, betonte Weizsä- cker.

Der Jahrestag der Befreiung vom Natio- nalsozialismus und der Beendigung des

Zweiten Weltkrieges, der 8. Mai, ist in Mecklenburg-Vorpommern offizieller Gedenktag. Am 24. Oktober 2001 hat dies der Landtag auf Antrag der dama- ligen PDS-Fraktion beschlossen und im entsprechenden Landesgesetz veran- kerkelt. Vertreter des Parlaments und der Landesregierung werden am 8. Mai 2010 wie in jedem Jahr zusammen mit weiteren Repräsentanten des öffentli- chen Lebens bei einer Kranzniederle- gung am Mahnmal „Die Mutter“ in Schwerin der Millionen Opfer des Zwei- ten Weltkrieges gedenken.

[...] Und ich sage, gut, dass nun dieser Zwischenbericht der Landesregierung vorliegt. Er zeigt Fortschritte auf, aber auch Defizite. Keine Aussagen werden zum Beispiel getroffen zu den Bereichen Hochschulen, Medien, Parteien und Kirchen [...]

Wir wissen alle, wie viel Kraft es kostet, Strukturen und Vernetzungen aufzubauen. Die Freude über deren Zustandekommen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Nazis arbeiten und wirken. Sie werden immer dreister und radikaler.

[...] Rechtsextreme und Nazis sind dort stark, wo wir Demokratinnen und Demokraten schwach sind.

*(Udo Pastörs, NPD: Sie sehen, wir haben Fortschritte erzielt in den letzten zehn Jahren.)*

Deshalb erwarte ich von allen demokratischen Fraktionen, dass sie die vorliegende Unterrichtung nicht als erledigt beiseite legen, sondern dass wir gemeinsam weiter an der Umsetzung des Landesprogramms arbeiten. Im gleichen Maße wende ich mich an die Landesregierung, an alle Ressorts, ihre Anstrengungen zu erhöhen [...]

So bedarf die Ausstattung der Schulen sowie der Kinder- und Jugendsozialarbeit einer erhöhten Unterstützung. Gerade in ländlichen Gebieten, in Dörfern mit nur wenigen Kindern und Jugendlichen, müs-

sen die Strukturen aufrechterhalten oder eben wieder neu geschaffen werden [...] Erfolgreiche Projekte müssen dauerhaft geführt werden können.

*(Udo Pastörs, NPD: Lebenslänglich.)*

[...] Und es ist noch nicht hinreichend gelungen, die Kommunen des Landes, wie im Landesprogramm fixiert, zu ermuntern, ‚Demokratische Leitbilder zur Gestaltung weltoffener Gemeinden‘ zu entwickeln [...]

Wir stehen also bei der Umsetzung des Landesprogramms zwar nicht mehr am Anfang, doch sind wir noch lange nicht so weit, um sagen zu können, dass alles reibungslos funktioniert. [...]"

**Hans Kreher, FDP:**

## „Rückbesinnung auf elementare gesellschaftliche Werte“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] Die gute Nachricht ist: Die große Mehrheit der Menschen [...] ist tolerant und demokratisch. Die schlechte Nachricht ist, dass es [...] eine wachsende Zahl von Menschen gibt, die [...] Toleranz und Demokratie infrage stellen. Das macht sich eine kleine, aber lautstarke Minderheit zunutze, um nicht nur Demokratie und Toleranz zu bekämpfen, sondern um die gesamte gesellschaftliche Ordnung mit allen zivilisatorischen Errungenschaften zu gefährden.

[...] Seit etwa einem Jahr spüren wir Auswirkungen einer großen, weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Folgen der Krise zu bewältigen [...], erfordert [...] Rückbesinnung auf elementare gesellschaftliche Werte. [...]

Damit dies gelingt, brauchen wir Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen [...]. Eine Fokussierung allein auf Rechtsextremismus trifft dabei nicht den Kern des Problems. Die so genannten neuen Nazis sind zwar die abscheulichste Form [...] an den Rändern unserer Gesellschaft. Aber sie sind nur eine Form des Extremismus. [...] So vielfältig die Formen des Extremismus sind, so vielfältig sind auch die Ursachen. Mir scheint, dass beide Aspekte [...] noch nicht ausreichend beleuchtet werden, denn auch wenn der Rechtsextremismus die Menschen im Land und unsere Gäste in besonderer Weise empört, so gibt es auch alle anderen Facetten des Extremismus hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Daher [...] ist es [...] notwendig, dass man alle Phänomene von Extremismus untersucht, um möglichst alle Ursachen benennen zu können. Nur so ist [...] Prävention möglich. [...]

Mir fehlt beim Studium des Berichts über ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!‘ an mancher Stelle eine positive Ausrichtung. [...] Wir müssen den Nazis die Bühne nehmen und [...] auch über die positiven Werte einer demokratischen Gesellschaft und der sozialen Marktwirtschaft reden. Wir können davon ausgehen, dass fehlende Kenntnisse über Einbringungsmöglichkeiten des Einzelnen, [...] über Diktaturen und [...] über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu extremistischen Denkmustern führen. [...] Wir müssen vor allem die Defizite in der Kinder- und Jugendarbeit verbessern.

[...] Jeder von uns ist mitverantwortlich, wie tolerant und demokratisch unsere Gesellschaft ist. Jeder entscheidet täglich darüber, wie frei oder wie offen unsere Gesellschaft ist, denn jeder von uns ist Teil des Volkes. Wir sind Demokratie. Wir sind das Volk.“

Dr. Armin Jäger, CDU:

## „Die Professionalität ist erheblich gewachsen“



■ „Frau Präsidentin! [...] Meine Damen und Herren Kollegen!

Herr Kreher, das war der Ansatz. Der Ansatz war nicht, dass das Programm sich „gegen“ richtet. Das Programm hat ein ganz großes Ziel, nämlich zu werben für Demokratie und Toleranz. [...]

Und genau das zeigt auch dieser Zwischenbericht, dass die Landesregierung das so angefasst hat. Und vielen Dank, Frau Sozialministerin. Ich finde, dass der Zwischenbericht zeigt, dass sich Regierung und Parlament an diesem Punkt sehr gut verstanden haben. [...] Das war ein gemeinsames Anliegen, und deswegen will ich auch nicht die Unterschiede herausstellen, [...] sondern das Gemeinsame sagen, das SPD, CDU, DIE LINKE und die FDP hier miteinander getan haben. [...]

Meine Damen und Herren, wir sehen aus dem Zwischenbericht der Landesregierung, dass in allen Ministerien Aktivitäten laufen, die Demokratie und Toleranz stärken, also genau in die richtige Richtung gehen. Und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen in diesem Berichtszeitraum hat sich auch aus meiner Sicht – und ich glaube, das können wir alle sagen – verbessert. [...]

Es genügt nicht nur, etwas Gutes zu wollen, man muss es auch können, und diese Professionalität ist in erheblichem Maße gewachsen [...]

Es gibt viele Menschen in unserem Land, die sich sehr ernsthaft und sehr engagiert für Demokratie und gegen politischen Extremismus engagieren. [...]

Das Ziel, das wir gemeinsam mit dem Programm verfolgt haben, war, hier zu unterstützen und zu bündeln. [...] Ich glaube, wir können sagen, dass heute die Programme breiter aufgestellt sind und dass vor allem denjenigen geholfen wird, die sich vor Ort jeden Tag für unsere demokratische Grundordnung engagieren.

Und ich bin allen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern dankbar [...], dass sie sich für diese Demokratie engagieren. [...]

Im Frühjahr 2006 haben wir als Fraktion [...] gesagt, Erziehung in Familie und Schule zu einem toleranten Menschenbild, zu einer positiven Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist eines unserer wichtigen Ziele. Die Integration von Ausländern als Beitrag gegen Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit ist ein weiteres, der konsequente Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel gegen Extremismus und Gewalt ein drittes und schließlich ein viertes, ein Appell: verantwortliches Handeln der Medien. [...]

Wir werden die Welt nicht in kurzer Zeit ändern, aber wir gucken heute zurück auf den Anfang und sagen, wir sind in die richtige Richtung gegangen und sind vorangekommen, das ist schon wichtig.

Wir haben damals gesagt, wir wollen speziell ausgewiesene Haushaltsmittel bereitstellen. Das ist uns gemeinsam [...] gelungen. Wir haben bei der Ausrichtung der politischen Bildung im Lande mit dem Bildungsbuss, aber auch, Frau Präsidentin, mit der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ neue Initiativen gesetzt, die, wie

ich meine, sich bewähren. Wir haben die Aktivitäten und Aktionen vor Ort unterstützt, weil es gelungen ist, dass sich alle Ministerien – und sehr ernsthaft – engagieren, weil es gelungen ist, Landes- und Bundesprogramme sinnvoll aufeinander abzustimmen und zu koordinieren [...]

Es reicht eben nicht, dass wir alle zusammen alle paar Jahre zur Wahl gehen. [...] Es wird von uns mehr erwartet. Uns geht es darum, dass aktiv mitgemacht wird, dass gefördert wird, dass initiiert wird, was diese freiheitlich-demokratische Grundordnung voranbringt. [...]

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, dieser demokratische Staat ist kompliziert, das weiß ich auch. Er fordert von uns das freiwillige Engagement. Er fordert solidarisches Verhalten aller Bürgerinnen und Bürger. Er hat verloren, wenn wir diese Eigenschaften verloren haben, und dafür kämpfen wir, wir wollen sie erhalten und fördern.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Dazu gehört auch kritisches Denken. [...] Die Würde des Menschen als den Maßstab unseres Handelns, allen staatlichen, allen zivilen Handelns, als festes Bild zu verankern, das ist unsere Aufgabe. Dazu gehört die Anerkennung von Vielfalt, von Pluralismus und Freiheitlichkeit. [...]

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)*

Und deswegen ist die Arbeit an Demokratie auf lange Zeit angelegt und deswegen ist ein Zwischenbericht nur eine Momentaufnahme, für mich eine positive.

Und ich möchte schon sagen, dass die Regionalzentren sich bewährt haben. [...] Und sie sind in der Fläche angekommen. [...]

Meine Damen und Herren, wir haben uns immer dafür ausgesprochen, [...] dass nicht nur Geld den Strukturen gegeben

wird, sondern dass man auch guckt, was geschieht denn damit. Das sind wir auch demjenigen, der es aufbringt, nämlich dem Steuerzahler, schuldig.

*(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)*

[...] Meine Damen und Herren, die Akteure, die wir alle kennen, die da arbeiten, die brauchen doch die kritische Frage, ob sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, gar nicht zu fürchten. [...] Der Ansatz des Bundes, die begrenzten Steuergelder [...] entsprechend den Erfordernissen einzusetzen, ist doch richtig. Ich habe aber auch da keine Sorge, dass unsere Projekte darunter leiden müssen, denn es ist sicher unbestritten, in unserem

Land ist die rechtsextremistisch ideologisierte Szene das Problem [...] Und deswegen ist es auch schade, dass sich so einige von diesen Extremisten bei uns im Landtag herumtreiben. Das ist nun mal so.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)*

[...] die Anstrengungen sind voll auf diesen Bereich zu konzentrieren. Aber der eine oder andere weiß, dass ich früher in Berlin war und aus eigener Erfahrung sage, dass es in Berlin, aber auch in Hamburg eine gewalttätige linksextremistische Szene gibt [...] Und natürlich gibt es dort und auch in anderen Bundesländern islamischen Extremismus.

Das muss uns hier aber nicht dazu bringen, uns auf die Köpfe zu hauen und zu sagen, wir schauen in die falsche Richtung. [...]

Frau Ministerin, vielen Dank für den Zwischenbericht. Ich sage, wenn wir den Endbericht haben, macht es Sinn, den noch mal in den Ausschüssen zu beraten, weil wir gucken wollen, was wir erreicht haben. Das Thema ist zu wichtig, dass wir es nur in Berichten wiederfinden, aber der Bericht ist so gut, dass wir damit arbeiten können. – Vielen herzlichen Dank.“

## Leitbild

### von Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist ein weltoffenes Land. Die Verfassung des Landes betont die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die Grundwerte des demokratischen Gemeinwesens.

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu den Grundlagen der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, nach denen Mecklenburg-Vorpommern ein republikanischer, demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteter Rechtsstaat ist. Wir sind dazu verpflichtet, die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung gegen Feinde zu schützen und zu sichern.

Maßnahmen gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt müssen dort ansetzen, wo Demokratie abgelehnt wird und Toleranz nicht vorhanden ist. Extremismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen bekämpft die Demokratie als Gesellschaftsprinzip. Rechtsextremismus basiert auf einer Vorstellung der Ungleichwertigkeit der Menschen. Rechtsextremismus und Gewalt breiten sich dort aus, wo die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen beschädigt, seine demokratischen Mitwirkungsrechte eingeschränkt werden. Rechtsextremismus entsteht in der Mitte der Gesellschaft und kann dauerhaft nur aus ihrer Mitte heraus bewältigt werden.

Der Staat darf Provokationen nicht hinnehmen. Demokratie muss wehrhaft sein. Den Feinden des Grundgesetzes müssen Grenzen aufgezeigt werden. Es kann nicht angehen, dass aus Angst vor NPD-Demonstrationen der Marktplatz in einer Stadt für alle Demonstrationen ge-

sperrt wird. Im Gegenteil, gerade die Demokraten müssen dort Flagge zeigen dürfen. Allerdings brauchen wir keine Demonstrationen, bei denen sich die Toleranten gegenseitig ihre Toleranz versichern, sondern die Demokraten müssen dort demonstrieren, wo sie die Nicht-Demokraten sehen und deren potenzielle Wähler erreichen können.

Der Zuspruch der extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern beruht nicht auf der Substanz ihrer Inhalte, sondern resultiert aus vorhandenen Defiziten in der demokratischen Kultur und des politischen Handelns. Demokratiefeindliche Ideologien können umso erfolgreicher für ihre Positionen werben, je brüchiger die Bindung an das demokratische Gemeinwesen ist und je schwieriger sich Lebensbedingungen darstellen. Um Rechtsextremismus und ähnlichen Ideologien wirksam begegnen zu können, muss daher eine deutliche Identifikation der Bevölkerung mit dem demokratischen Gemeinwesen auf der Grundlage gesicherter Lebensverhältnisse angestrebt werden.

Das Landesprogramm konzentriert sich auf die Formulierung von Eckpunkten zur Stärkung der demokratischen Kultur und verweist auf die Verpflichtung eines Ressort übergreifenden Handelns. Es trägt langfristigen Charakter, mit seiner Umsetzung muss jedoch ohne Zeitverzug und alltagsrelevant begonnen werden.

*Auszug aus dem Landesprogramm*

**„Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“**  
*Drucksache 4/2169*

**Stefan Köster, NPD:**

## „Neue Ersatzreligion Demokratie und Toleranz“



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute Toleranz, morgen fremd im eigenen Land. Wir Nationaldemokraten begrüßen aber auch, dass heute hierzu gesprochen wird, zeigt doch diese Unter- richtung die große Steuergeldverschwen- dung hier im Land auf. Im Krampf gegen Rechts und für die neue Ersatzreligion De- mokratie und Toleranz werden von Bund, Ländern und Kommunen im Land immer mehr Steuergelder verprasst. Allein in

Mecklenburg-Vorpommern wurden im vergangenen Jahr mindestens rund zwei Millionen Euro Steuergelder verplempert.

So verschlangen schon allein die dubiosen vier Regionalzentren mit jeweils 143.700 Euro fast 600.000 Euro aus der Tasche des Steuerzahlers. Auch der wenig seriöse Verein Lobby e.V., der 2007 endlich ein- mal auch von den Medien kritisch be- leuchtet wurde

*(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Torsten Koplín, DIE LINKE)*

und den ich hier an dieser Stelle richtiger- weise auch als Lügenverein bezeichnete, war beim Abkassieren wieder einmal da- bei [...]

Zum Schluss bleibt festzuhalten: Mit Ihrer neuen Ersatzreligion ‚Demokratie und To- leranz‘ ist es Ihnen lediglich gelungen, ori- ginäre Parteiarbeit und Freizeitgestaltung Ihrer Klientel durch zusätzliche Staatsmit- tel finanzieren zu können.

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)*

Und, Herr Dr. Jäger, Ihr Einsatz für Demo- kratie und Toleranz endet in rechtswidri- gen Blockaden, endet in Straßenschlach- ten und endet in Gewalt gegen Polizeibe- amte. Das haben Sie sich persönlich zu- schreiben zu lassen.

Unseren Einsatz für die Freiheit und Selbstbestimmung unseres Volkes, für Gerechtigkeit, für Identität und Familien- freundlichkeit werden Sie mit diesen Steu- ergeldverprassungen niemals stoppen können. [...]“

**Mathias Brodtkorb, SPD:**

## „Es ist gut, dass es dieses Programm gibt“



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Köster, man muss Ihnen für Ihren Re- debeitrag wirklich sehr dankbar sein, weil Sie noch mal untermauert haben, warum

es gut ist, dass es dieses Programm gibt. Und es muss Sie ganz schön treffen, dass wir offenbar eine gute Arbeit leisten, wenn Sie es nötig haben, sich so an ein- zelnen Projekten abzureagieren. Ich fasse das als eine Bestätigung unserer erfolgrei-

chen Arbeit im Kampf gegen die NPD auf. [...]

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)*

Sie haben von Steuergeldverschwendung gesprochen, da will ich Ihnen ausdrücklich recht geben. Ich finde das auch unerträglich, [...] dass Sie als Partei zugelassen sind und [...] Millionen von Steuergeldern ver- schwendet werden dadurch, dass Sie fi- nanziert werden.

Und es gibt in der Tat einen gewissen Zu- sammenhang zwischen den Steuergel- dern, die Sie hier bekommen, und den Steuergeldern, die wir aufwenden müs- sen, um Ihren Unfug wieder zu bekämp- fen. Deswegen hat dieses Parlament sich



ja auch für das NPD-Verbot ausgesprochen, um diese paradoxe Steuergeldverschwendung zu beenden. Und wir werden damit irgendwann auch erfolgreich sein.  
[...]

Ich würde gerne aufgreifen die [...] Debatte über die Neuausrichtung der Bundesprogramme, weil sich ja [...] die Frage stellt, bedeutet das eigentlich etwas für uns. Und ich kann sehr gut verstehen, dass Herr Ritter die Neuausrichtung der Bundesprogramme kritisiert. Ich würde allerdings auch uns allen dazu raten, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. [...] Wenn die Linkspartei beispielsweise sagt, man darf Links- und Rechtsextremismus nicht gleichsetzen, dann sollte man das allein schon deshalb unterstützen, weil es ja eine Verknennung der speziellen Unterschiede und auch der unterschiedlichen Gegnerschaft gibt. Also wenn man sich damit auseinandersetzen will, muss man das schon präzise betrachten [...]

Genauso, Herr Ritter, gebe ich Ihnen recht, wenn Sie sagen, es gibt in der Politik leider hin und wieder die Tendenz, sowohl den Begriff des Rechtsextremismus als auch den des Linksextremismus als politische Kampfbegriffe zu gebrauchen und Menschen mit unliebsamen Meinungen, die eigentlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, damit zu etikettieren und politisch zu bekämpfen. Das passiert allerdings Linken ganz genauso wie Rechten.

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)*

[...] Ich würde das Ganze gerne mal anders aufziehen und sagen, in einem demokratischen Verfassungsstaat ist es Verfassungsauftrag, gegen jede Form von Extremismus vorzugehen, denn Extremismus bedeutet am Ende nichts anderes, als die Grundwerte eines demokratischen Verfassungsstaates abzulehnen.

Und diese Ablehnung gibt es von Links ganz genauso wie von Rechts und dementsprechend ist es durchaus sogar zu begrüßen, [...] dass die Bundesregierung – auch wenn mir die Bundesregierung insgesamt nicht gefällt – das Thema Linksextremismus auf die Tagesordnung gesetzt hat. [...]

Es ist ja nicht so, dass es da eine gleichgewichtige Verteilung der Mittel gibt, son-

dern es gibt erhebliche Schwerpunktsetzungen.

Die einzigen Fragen, die man diskutieren kann aus meiner Sicht, sind in der Tat die: Stellt man zusätzliche Mittel zur Verfügung, um dieser weiteren Herausforderung zu begegnen, oder macht man das zulasten bestehender Programme gegen Rechtsextremismus? Da hat die Sozialministerin den Standpunkt der SPD ziemlich deutlich gemacht. Und insofern sollte man darüber in der Sache diskutieren und nicht über die Grundsatzfrage, denn über die kann man, glaube ich, wenn man zur Demokratie steht, gar nicht so richtig diskutieren.

Und das wird ja im Prinzip auch deutlich durch unser eigenes Programm. Das heißt ja nicht Programm ‚gegen Rechtsextremismus‘, sondern ‚für Demokratie und Toleranz‘. Und es gibt an allen Stellen Intoleranz und Gegnerschaft zur Demokratie und dann muss man sich damit auseinandersetzen. Ein Beispiel ist ja der Punkt 4.4.3, ich darf das mal zitieren: ‚Rundschreiben des Innenministeriums vom 15. November 2007 zur Vermietung von öffentlichen Einrichtungen an rechts- oder linksextremistische Gruppen‘. Das heißt, dieser Gedanke, auch etwas gegen Linksextremismus zu tun, soweit es erforderlich ist, liegt am Ende unserem Programm zugrunde.

Nur, Herr Jäger, damit die Kuschelei mit der CDU nicht zu heftig wird jetzt an dieser Stelle,

*(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Ich hab da nichts gegen.)*

möchte ich mich schon noch ein bisschen distanzieren von dem, was Sie gesagt haben mit Blick auf die Regionalzentren und eine mögliche Überprüfung beim Verfassungsschutz. Natürlich, jeder, der in dem Bereich seriös arbeitet, muss keine Angst haben. Aber stellen Sie sich mal vor, der Staat kündigte an, wir überprüfen jetzt mal alle Bürger, ob das eigentlich Verbrecher sind. Und alle, die keine Verbrecher sind, die müssen sich ja [...] nicht irgendwie angegriffen fühlen, die haben ja nichts zu befürchten.

Ich glaube, in dem sensiblen Bereich der Extremismusbekämpfung tut auch der Staat gut daran, nicht diejenigen, die sich

gegen Demokratiefinde engagieren, unter einen Generalverdacht zu stellen.

*(Dr. Armin Jäger, CDU: Das tut niemand.)*

Das heißt, wenn es konkrete Anhaltspunkte gibt, die eine Fallüberprüfung sinnvoll oder notwendig erscheinen lassen, dann sollte man das tun, aber man sollte sich auch in der öffentlichen Debatte – und ich glaube, mindestens die ist schiefgegangen in den letzten Monaten – davor hüten, das zu tun, wovon zumindest der Eindruck entstanden ist, dass es getan wurde, nämlich anzukündigen, dass man Generalüberprüfungen macht. [...]

Und ich glaube, das ist auch der Punkt, an dem Herr Ritter ein bisschen nervös wird und sich die Frage stellt, ob die Bekämpfung des Linksextremismus nicht vielleicht auch ein politisiertes Instrument ist, um Leute zu diskreditieren. Und damit das einfach gar nicht passiert, können wir uns doch nach rechtsstaatlichen Grundsätzen auf folgendes Verfahren einigen und sollten auch in diesem Land weiter so verfahren:

Besteht der Verdacht, wird überprüft, und ansonsten gehen wir davon aus, dass Bürger dieses Landes rechtstreue, verfassungsgemäße Handlungen vollziehen, und wir unterstützen sie in ihren Bemühungen.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.“

*(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

### Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenauszügen in den LandtagsNachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages.

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de) (Auszüge aus Plenarprotokollauszüge)

# Weitere Beschlüsse des Landtages

## Landesrechnungshof

■ Greifswalds stellvertretender Oberbürgermeister **Reinhard Arenskrieger** (CDU) wurde am 12. März im Landtag zum Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes gewählt. Er bekam im zweiten Wahlgang 44 von 65 abgegebenen Stimmen und erreichte damit genau die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Im ersten Wahlgang war der Kommunalpolitiker mit 41 Ja- bei 23 Nein-Stimmen und einer Enthaltung gescheitert. Die Abstimmung erfolgte in geheimer Wahl. Die Amtszeit beträgt zwölf Jahre. Arenskrieger war von der CDU-Landtagsfraktion vorgeschlagen, seine Kandidatur im Februar vom rot-schwarzen Kabinett bestätigt worden. Die Stelle des Rechnungshof-Vizepräsidenten war gut drei Jahre unbesetzt, nachdem Stefan Rudolph (CDU) Ende 2006 als Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium gewechselt war. Arenskrieger wurde 1957 in Niedersachsen geboren, ist Jurist und seit 2007 Senator sowie Vize-Oberbürgermeister der Hansestadt Greifswald.



Reinhard Arenskrieger ist neuer Vizepräsident des Landesrechnungshofes

Foto: Cornelius Kettler

## Rundfunk-Werbung

■ Der Landtag hat am 10. März den neuen Werbevorgaben für Rundfunkanstalten zugestimmt. Bereits im Herbst hatten die Ministerpräsidenten der Bundesländer den 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag mit den neuen Regelungen unterzeichnet. Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wird die Platzierung von Produkten gegen Geld (product placement) nur innerhalb enger Grenzen ermöglicht. Die privaten Sender bekommen weiter gehende Freiheiten. Mit product placement sollen den Sendern neue Finanzierungsquellen erschlossen werden. Es gibt aber eine Kennzeichnungspflicht. Der Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll am 1. April in Kraft treten.

*Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses.*

[Drucksache 5/3304](#)

## IT-Planungsrat

■ Bund und Länder wollen im Bereich der öffentlichen Informationstechnik (IT) besser zusammenarbeiten. Dafür werden künftig länderübergreifend die technischen Voraussetzungen geschaf-

fen, Standards bundesweit harmonisiert und eine entsprechende Netzinfrastruktur aufgebaut. So kann unter anderem das Melde- und Personenstandwesen automatisiert und bundesweit angeglichen werden. Zu diesem Zweck soll ein IT-Planungsrat gegründet werden, der ein planvolles und abgestimmtes Zusammenwirken von Bund und Ländern ermöglicht. Der Landtag hat am 10. März ein Gesetz verabschiedet, das die Bestimmungen eines entsprechenden IT-Staatsvertrages in Landesrecht umsetzt.

*Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses.*

[Drucksache 5/3306](#)

## Hochschulzulassung

■ Der Landtag hat am 10. März der Gründung einer gemeinsamen Einrichtung der Länder für die Hochschulzulassung zugestimmt. Damit wird ein Beschluss der Kultusministerkonferenz umgesetzt, in dem festgelegt wurde, dass die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zu einer Serviceeinrichtung weiterentwickelt werden soll. So sollen unter anderem ein Bewerberportal entwickelt, Mehrfachzulassungen abgeglichen und nicht besetzte Studienplätze vermittelt werden. Eine Umstrukturierung der ZVS sei unter anderem nötig, weil immer weniger bundesweit zulassungsbeschränkte Studienplätze im zentralen Vergabeverfahren vergeben werden, hieß es zur Begründung. Mit der neuen Einrichtung soll auch verhindert werden, dass Studienplätze bei Mehrfachbewerbungen unbesetzt bleiben. Die Umwandlung der ZVS in eine „Stiftung für Hochschulzulassung“ mit Sitz in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) ist Inhalt eines Staatsvertrages zwischen den Ländern der Bundesrepublik, den die Parlamente an jeweiliges Landesrecht anpassen müssen.

*Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses.*

[Drucksache 5/3270](#)

## Google Street View

■ Die FDP-Fraktion im Landtag will gegen flächendeckende Fotografien von Straßen im Internet vorgehen. Sie hat in einem Antrag vom 10. März die Landesregierung aufgefordert, Google Street View und ähnliche Aktivitäten anderer Anbieter zu untersagen beziehungsweise zu prüfen, ob ein Verbot rechtlich möglich ist. In jedem Fall soll eine Veröffentlichung nur mit Einwilligung der betroffenen Bürger erlaubt werden. Trotz aller technischen Innovationen müsse der Datenschutz garantiert werden, begründete **Gino Leonhard**, Parlamentarischer Geschäftsführer und innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, den Antrag. Bislang sind noch keine Bilder aus Deutschland abrufbar, aber die Firma Google nimmt bereits deutsche Straßen in vielen Städten und Landkreisen auf. Google will die 360 Grad-Panoramabilder noch in diesem Jahr anbieten. Damit wäre theoretisch jedes Haus und jeder Garten im Internet zu finden, unter Umständen einschließlich der Anwohner. In den USA und vielen europäischen Ländern ist der Dienst bereits abrufbar. Der Antrag wurde zur Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss überwiesen.

[Drucksache 5/3294](#)



Foto: Georg Strätker

In Europa und doch zu Hause: Der Finanzausschuss im Strandkorb des Brüsseler Informationsbüros des Landes.

## Arbeitsbesuch

### Der Finanzausschusses in der „europäischen Hauptstadt“

■ Vom 17. bis 19. März informierte sich der Finanzausschuss vor Ort in der „europäischen Hauptstadt“ über europäische Aspekte der Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die anstehende Neuausrichtung des EU-Haushalts, die Zukunft der Kohäsionspolitik und damit der Strukturfondsförderung – all dies sind Schlagworte, die deutlich machen, wie wichtig Europa auch in finanzieller Hinsicht für unser Land und unseren Landeshaushalt ist.

Die knapp zweitägige Reise war geprägt durch ein dicht gedrängtes Programm, in dessen Mittelpunkt die Sicht unterschiedlicher europäischer Institutionen auf für das Land bedeutsame Fragestellungen stand. Mit der SPD-Europaabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, Jutta Haug, der Leiterin der Abteilung Finanzen bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschlands, Dr. Kerstin Korthals, und mit Susanne Szech-Koundouros, der Leiterin der Abteilung Wirtschaft bei der Ständigen Vertretung, diskutierten die Abgeordneten am ersten Tag aktuelle finanzpolitische Fragen. Dabei wurde deutlich, dass durch den Lissaboner Vertrag das Selbstbewusstsein und die Rolle des Europäischen Parlaments in der EU deutlich gestärkt sind. Am zweiten Tag wurden Gespräche geführt mit dem Generaldirektor Steuern und Zollunion der Europäischen Kommission, Dr. Walter Deffaa, und mit Pascal Steller von der Generaldirektion Haushalt der Europäischen Kommission. Abgerundet wurde der Arbeitsbesuch der Abgeordneten im Informationsbüro des Landes bei der EU. Dort stand ein Ausblick auf das Arbeitsprogramm des Jahres 2010 auf der Tagesordnung. Im Mittel-

punkt der Vorträge und Diskussionen standen vor allem die Kohäsionspolitik der EU und das europäische Steuersystem, wobei insbesondere mögliche Banken- und Transaktionssteuern diskutiert wurden. Thema waren auch die europäischen Initiativen hinsichtlich der Gestaltung einer Aufsicht bzw. Regulierung der Finanzmärkte.

Vorsitzende **Birgit Schwebs** äußert sich im Anschluss an die Reise: „Gerade für uns Finanzpolitiker war diese Reise wichtig und informativ. Wir werden sie sorgfältig auswerten. Ich denke, fraktionsübergreifend haben wir noch deutlicher als bisher gesehen und vor allem vor Ort erfahren, wie wichtig Europa für uns ist. Eine besondere Bedeutung kommt für uns auch dem Informationsbüro des Landes mit seinen Kontakten in Brüssel zu. Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich bedanken.“

## Arbeitsteilung

### EU-Subsidiaritäts-Frühwarnsystems stellt Landtag vor neue Aufgaben

■ Zuviel Europa oder zu wenig Europa? Mit dieser Frage wird nun auch der Landtag noch stärker als bisher konfrontiert. Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf die Europäische Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden, sofern die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können.

Nur dann, wenn die Ziele auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, darf die EU handeln. Das zu überprüfen, ist europarechtlich seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon eine

Sache der nationalen Parlamente – also des Deutschen Bundestages und des Bundesrates: Binnen acht Wochen nach der Übermittlung eines Entwurfes eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union können diese in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, also den Landtag, zu konsultieren.

Seit rund einem Monat erhält derzeit der Europa- und Rechtsausschuss die entsprechenden Dokumente aus dem Bundesrat auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Staatskanzlei. Die Dokumente werden im Sekretariat des Europa- und Rechtsausschusses aufbereitet und dann an die Vorsitzenden aller Fachausschüsse des Landtages weitergeleitet. Auf dieser Grundlage können die Gremien des Landtages sich darüber verständigen, ob und wie sie sich zu den einzelnen Gegenständen verhalten wollen. Denkbar ist beispielsweise, eine Beratung mit dem jeweiligen Fachministerium durchzuführen und am Ende eine Stellungnahme – z. B. über den Europa- und Rechtsausschuss an das Plenum – gegenüber der Landesregierung zu empfehlen. Der Landtag kann dann Position beziehen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, dass dies wegen der zu beachtenden Fristen durchaus anspruchsvoll sein dürfte. Auch die Landesregierung bildet sich regelmäßig erst in der Kabinettsitzung unmittelbar vor der entsprechenden Plenarbefassung des Bundesrates eine abschließende Meinung zu dem jeweiligen Beratungsgegenstand.

Vorsitzender **Detlef Müller**: „Wir wollen zunächst in einer Erprobungsphase bis zur Sommerpause versuchen, wie wir möglichst effizient mit der neuen Aufgabe umgehen können. Beabsichtigt ist, im Anschluss der Landtagspräsidentin über unsere Erfahrungen zu berichten. Für mich ist wichtig, dass wir unsere Aufgabe als Querschnittsausschuss wahrnehmen und die Fachausschüsse effektiv einbinden. Denn Europa geht letztlich alle an – fast jeder Fachbereich ist heute europarechtlich geprägt. Wir als Europapolitiker wollen unser besonderes Know-How gewinnbringend für den ganzen Landtag einsetzen.“



### Informationsbüro Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union

Boulevard Saint Michel 80  
1040 Brüssel - BELGIEN

E-Mail: post@mv-office.eu  
Tel.: (0032-2) 741-6000  
Fax: (0032-2) 741-6009

Leiter: Dr. Reinhard Boest

## Regiostrom

### Agrarausschuss informiert sich in Ivenack

■ Ende 2009 war das Kompetenzzentrum Regiostrom Ivenack für das Projekt „Lokale Kreisläufe – die Gemeinde gestaltet die Zukunft sichtbar, erlebbar und umweltfreundlich“ als zweiter Preisträger mit dem Umweltpreis des Landtages geehrt worden (LandtagsNachrichten berichteten). Eines der Ziele dieses Preises besteht darin, die weitere Arbeit der Preisträger zu fördern sowie deren Projekte, Leistungen und Initiativen bekannt zu machen. Im Rahmen einer Unterrichtungsfahrt hat sich der Agrarausschuss am 18. März vor Ort über dieses Projekt informiert.

Der Ausschuss hat sich vor Ort darüber informiert, wie in ländlichen Gemeinden bei sinnvoller Verknüpfung verschiedener erneuerbarer Energien (Fotovoltaik, Strom und Wärme aus Biogas) ein kommunales Nahwärmenetz geschaffen, betrieben und weiter ausgebaut werden kann und welche Schwierigkeiten, insbesondere administrativer und finanzieller Natur, dabei zu meistern sind.



Foto: Uwe Balewski

Umweltpreis des Landtages: Vizepräsidentin Renate Holznapel gratuliert den Vertretern des Kompetenzzentrums Ivenack

Aufhänger für den zweiten Teil des Besuchsprogramms war das während einer Landtags-Sondersitzung am 23. Februar 2010 beschlossene Wasserrechtsbereinigungsgesetz. Dieses sieht vor, dass beim Gewässerabstand von Düng- und Pflanzenschutzmaßnahmen künftig ausschließlich das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes sowie das landwirtschaftliche Fachrecht gelten und somit auf abweichende landesrechtliche Regelungen verzichtet wird.

Auf Einladung des Landesbauernverbandes konnte sich der Ausschuss in der Ivenacker Eichen Landwirtschaftsbetriebsgesellschaft ein Bild davon machen, welche Möglichkeiten der Einsatz modernster Düng- und Pflanzenschutztechnik bietet. Nach Aussage des Landesbauernverbandes kommt diese inzwischen auf mehr als 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zum Einsatz.

**Udo Timm**, Vorsitzender des Agrarausschusses, im Nachgang zu der Technikschau: „Stickstoffsensoren und Exaktdüngerstreuer leisten einen effektiven Beitrag für den Gewässerschutz. Das ist aber nur der Fall, wenn qualifiziertes Fachpersonal die Möglichkeiten der Technik ausreizt. In der Landwirtschaft brauchen wir die besten Leute, die wir bekommen können.“



Foto: Dirk Lange

## Demokratie fällt nicht vom Himmel

**Jugendliche im Freiwilligen Sozialen Jahr der Diakonie zu Gast im Landtag**

■ Am 24. März besuchten fünfundzwanzig junge Menschen, die bei der Diakonie ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren, den Landtag. Der Besuch gehörte zum Seminarprogramm, das der Landesverband der Diakonie für die FSJ-ler anbietet. Unter dem Motto „weltoffen leben“ informierten sich die Freiwilligen über die Arbeit der Abgeordneten, wobei sie sich insbesondere für den Umgang der Demokraten mit dem Rechtsextremismus interessierten, und hatten Gelegenheit, mit den Landtagsabgeordneten Dr. Norbert Nieszery (SPD) und Peter Ritter (DIE LINKE) zu sprechen.

Die Abgeordneten haben sehr offen und ehrlich das Gespräch geführt, lobten die jungen Menschen. „Das Gespräch mit Herrn Nieszery hat mir die Politik und einen Politiker im Besonderen näher gebracht, auch in menschlicher Hinsicht“, sagte Franziska (19 Jahre). „Es hat für mich die Hemmschwelle zur Politik verkleinert und mir die Möglichkeiten aufgezeigt, die es für eine aktivere Beteiligung an der Politik gibt.“ Als „schockierend“ bezeichnete es Ariane (20 Jahre) zu hören, mit welchen Mitteln die NPD versucht, ihre Anliegen durchzusetzen. Bei allen Beteiligten hat der Besuch eine große Nachdenklichkeit hinterlassen. Gleichzeitig wurde ermutigt, sich in die Politik einzumischen.

„Demokratische Strukturen fallen nicht vom Himmel, sondern es braucht Engagement und Einübung“, bestärkte Diakoniepastor Martin Scriba die FSJ-ler und betonte, dass im Freiwilligen Sozialen Jahr nicht nur das bürgerschaftliche Engagement geweckt, sondern auch das demokratische Bewusstsein geschärft wird. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider würdigte das freiwillige Engagement der jungen Menschen und hob dabei auch die gute Zusammenarbeit zwischen Landtag und Diakonie beim Wirken für die demokratische Gesellschaft hervor. „Ich freue mich, dass politische Fragen und die Regeln der parlamentarischen Demokratie fester Bestandteil der Seminare sind, die die Diakonie

für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Freiwilligen Sozialen Jahres vorbereitet“, sagte die Landtagspräsidentin. „Das festigt die eigene Haltung und erleichtert die Auseinandersetzung mit denjenigen, die unser demokratisches System abschaffen wollen. Wer sich klarmacht, für welche Werte unser Gemeinwesen steht, kommt sehr schnell darauf, was wir alle zu verlieren haben, wenn Extremisten Macht erhalten. Ich freue mich sehr, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern und das Diakonische Werk der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs sich gemeinsam im landesweiten Bündnis für Demokratie, Toleranz und Vielfalt ‚WIR. Erfolg braucht Vielfalt‘ engagieren, das sich gegen extremistische und demokratiefeindliche Aktivitäten richtet.“

## Landtag bildet weiter aus

**Bewerbung um Ausbildungsplatz als Gärtnerin/Gärtner noch möglich**

■ Der Landtag wird auch in diesem Jahr wieder Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Insgesamt vier Auszubildende werden im September 2010 in der Parlamentsverwaltung Ausbildungen zu Kaufleuten für Bürokommunikation sowie zur Gärtnerin bzw. zum Gärtner beginnen.

Beworben hatten sich insgesamt 69 Jugendliche. Bewerbungen von Jugendlichen, die sich für die Gärtnerlehre auf der Schlossinsel interessieren, sind noch möglich.

Aktuell lernen neun Jugendliche innerhalb der Landtagsverwaltung einen Beruf, darunter ein Fachinformatiker, eine Verkaufsauffrau und eine Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste.

„Wir wollen weiterhin einen Beitrag dazu leisten, dass junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern die Chance erhalten, in unserem Land eine gründliche Berufsausbildung zu erhalten“, begründet Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider das Engagement des Landtages. Dass eine Ausbildung in der Parlamentsverwaltung ein Sprungbrett für ein erfolgreiches Berufsleben

sein könne, zeigten die Erfahrungen der vergangenen Jahre. Seit 1995 haben 55 junge Menschen ihre Ausbildung im Landtag erfolgreich abgeschlossen. 14 ehemalige Auszubildende sind mittlerweile in der Landtagsverwaltung und vier weitere in den Fraktionen des Landtages beschäftigt. Hinzu kommt eine beim Landesbeauftragten für den Datenschutz tätige Mitarbeiterin. In den Jahren 2007, 2009 und 2010 wurde der Landtag durch die IHK zu Schwerin als Ausbildungsbetrieb ausgezeichnet, da Auszubildende des Landtages in diesen Jahren mit zu den besten Absolventen der jeweiligen IHK-Prüfungen gehörten. „Derart gute Ergebnisse sind nur möglich, weil engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung die Auszubildenden betreuen und anleiten“, betont Landtagsdirektor Armin Tebben.

## Blickpunkt Schloss

### Planungswettbewerb zur Lichtinszenierung des Schweriner Schlosses

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat einen Planungswettbewerb zur Lichtinszenierung des Schweriner Schlosses ausgelobt.

Ziel des Wettbewerbs ist es, das nächtliche Erscheinungsbild des Schweriner Schlosses, als eines der bedeutendsten Denkmäler höfischer Baukunst des 19. Jahrhunderts, durch eine innovative Architekturbeleuchtung aufzuwerten und somit auch in der nächtlichen Wahrnehmung dem angestrebten Status als UNESCO-Weltkulturerbe zu entsprechen.

Wie der Wettbewerb, so wird auch die spätere Umsetzung des Siegerentwurfs ausschließlich durch Spenden finanziert. Das Projekt wird von der Unternehmerinitiative „Blickpunkt Schloss“ der IHK zu Schwerin sowie der Stiftung „Lebendige Stadt“ (Hamburg) unterstützt.

In einem Interessenbekundungsverfahren waren zunächst europaweit Lichtplaner und Architektenbüros mit einem Tätigkeitsschwerpunkt Lichtplanung zur Teilnahme am Wettbewerb aufgefordert worden. Beworben haben sich Architektenbüros und Lichtplaner aus dem gesamten deutschsprachigen Raum. Aus den bis Ende März fristgemäß eingegangenen 23 Bewerbungen hat die Landtagsverwaltung nun zehn Wettbewerbsteilnehmer ausgewählt. Die Architekten und Lichtplaner haben die zur Bearbeitung notwendigen Unterlagen erhalten und werden die Wettbewerbsarbeiten bis zum 10. Juni 2010 bei der Landtagsverwaltung einreichen.

Das Preisgericht wird am 29. Juni 2010 sein Urteil nach den Kriterien der Gestaltung mit Licht, der Realisierbarkeit, der Einfügung des Konzeptes in das Umfeld zwischen Stadt, Grünflächen und Wasser, der Wirtschaftlichkeit, der Energieeffizienz und des Pflegeaufwandes treffen. Insgesamt beträgt die Wettbewerbssumme 15.000 Euro. Dem Preisgericht gehören unter anderem Vertreter der IHK zu Schwerin, der Stiftung „Lebendige Stadt“ sowie der Direktor des Landtages an.

Alle Wettbewerbsarbeiten werden nach der Entscheidung öffentlich im Schweriner Schloss ausgestellt.

## Barrierefrei

### Landtag verbessert Bedingungen für Menschen mit Hörbehinderungen

■ Seit 2009 wird Bürgerinnen und Bürgern, die von einer Hörbehinderung betroffen sind, ein barrierefreier Besuch des Landtages ermöglicht. Durch den Einsatz der Personenführungsanlage Sennheiser Tourguide EK 1038 können nicht nur Führungen durch den Landtag, sondern auch Plenarsitzungen von Gästen mit Hörbehinderungen barrierefrei verfolgt werden.

Auf Einladung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider überzeugten sich am 22. März Mitglieder des Landesvorstands der Schwerhörigen und Ertaubten M-V und des Schwerhörigen-Ortsvereins Schwerin e.V. sowie Mitarbeiter des Kompetenzzentrums für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen vom Haus der Begegnung Schwerin e.V. von der Technik. Sowohl bei der Einführung durch die Mitarbeiterin des Besucherdienstes als auch beim anschließenden Rundgang hatte kein Teilnehmer Probleme beim akustischen Verstehen der Informationen und Erläuterungen. Dafür sorgten Kopfhörer bzw. Induktionsschleifen (für Hörgeräteträger). Das Tourguide System steht Besuchern mit Hörbehinderung während der öffentlichen Landtagssitzungen auch im Plenarsaal zur Verfügung.

„Mit der Anschaffung der Geräte durch den Landtag ist ein weiterer Schritt für die Umsetzung der Barrierefreiheit in Schwerin getan“, freute sich Armin Blumtritt, 1. Vorsitzender des Vereins Haus der Begegnung Schwerin e.V. Er betonte, dass Barrierefreiheit nicht nur Menschen mit einer Behinderung dient, sondern bedeutet, dass alle von einer uneingeschränkten Nutzung profitieren. „Derart gute Ergebnisse sind nur möglich, weil engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung die Auszubildenden betreuen und anleiten“, betont Landtagsdirektor Armin Tebben.



Foto: Armin Blumtritt

# Madurodam von Schwerin

**Das Schloss soll Prunkstück der Miniatur-Stadt werden**

■ Schwerin soll die kleinste Stadt Mecklenburg-Vorpommerns werden – natürlich mit dem Schloss als Prunkstück. Jeder Besucher kann dann beim Vorbeispazieren die goldglänzende Kuppel mit dem Erzengel Michael aus nächster Nähe bewundern.

Noch steht das gute Stück in den Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Schwerin. Dort wird gezeichnet, berechnet, gegossen, gefeilt und gemalt – die Landeshauptstadt wächst Haus für Haus, originalgetreu im Maßstab 1:25. AWO-Projektleiter Yves Schade kam vor rund fünf Jahren auf die Idee, Schwerin als Miniaturstadt neu aufleben zu lassen. Modellbau ist, wie er findet, eine gute Gelegenheit, Arbeitslose wieder an eine sinnvolle Beschäftigung heranzuführen. Etwa 40 Leute im so genannten Ein-Euro-Job stehen ihm zur Verfügung, finanziert wird das Projekt durch die ARGE, die Arbeitssuchende betreut. Jeweils für ein halbes Jahr, dann müssen sie ausscheiden, wie es die Vorschriften des Arbeitsamtes verlangen. Neue Mitarbeiter werden dann eingearbeitet. So kommt das Projekt langsam voran, aber stetig. „Wir können Leute mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen aus vielen unterschiedlichen Gewerken hier unterbringen“, erklärt Yves Schade. Kaufleute, Sekretärinnen, Handwerker, Metallbauer, Computerspezialisten – alles ist gefragt. „Gleichzeitig schaffen wir etwas Nachhaltiges. Etwas, das bleibt“, erklärt er. „Das erste Modell, das wir fertig hatten, war 2006 die Staatskanzlei“, erinnert er sich. Insgesamt sollen rund 500 Gebäude aus dem architektonisch wertvollen Stadtkern mit viel Liebe zum Detail aus Kunststoff wiedergeboren werden. Ganze Straßenzüge mit den schönsten Häusern der Stadt entstehen. Schades Leute recherchieren dafür in den Archiven, studieren Baupläne und fertigen neue Zeichnungen an. „Das Schloss soll unser Meisterwerk in der Miniaturstadt werden. Es ist eine gewaltige Herausforderung“, sagt der Projektleiter. An dem Prachtbau des Historismus hätten sich schon viele Modellbauer versucht, hat Yves Schade zu hören bekommen, als er seine Idee den „Schlossherren“ vortrug. Verwirklicht worden sei bislang kein einziges Projekt. Allmählich dämmerte ihm auch, warum. „Der Grundriss ist eine perfekte Katastrophe“, sagt Bauingenieur Hartmut Jahnke, der derzeit für das Projekt arbeitet, mit einem Schmunzeln. „Es gibt in der Außenstruktur nur einen einzigen rechten Winkel“, erläutert er. „Jedes Bauteil ist unsymmetrisch. Jeder Flügel hat eine andere Höhe“. Gerade das, was die einzigartige Schönheit des Bauensembles auf der Insel ausmacht, bereitet beim Nachbau die größten Kopfschmerzen. Die Modellbauer



Yves Schade (l.) und Hartmut Jahnke tüfteln an der Prunkkuppel des Schlossmodells.

haben jetzt erst einmal mit den Aufbauten des Schlosses begonnen. Vieler Details wie Brüstungen, Treppenwindungen, Terrakotta-Fliesen oder Schmuckelementen werde man sich erst bewusst, wenn man sie nachbaut. Das geschieht in filigraner Kleinarbeit. „Wir haben uns im Vorfeld natürlich das Schloss ganz genau von den Dächern bis zum Kellergewölbe angesehen und unzählige Fotos gemacht“, sagt Yves Schade. Das Neue Lange Haus sei so gut wie fertig, der Uhrenturm auch und die Schlosskirche mit farbenprächtigen Fenstern aus Plexiglas. Drei Meter hoch wird der Hauptturm – das höchste Objekt im Schlossensemble. Die Statik muss beherrscht werden. Alle Modelle sollen über Jahre Wind und Wetter trotzen. Wie das berühmte Vorbild „Madurodam“ in den Niederlanden. Der Freizeitpark bei Den Haag zieht auf einer Fläche von rund 18 Hektar jährlich ganze Heerscharen von Touristen an. Yves Schade backt kleinere Brötchen. Bei der Schweriner Oberbürgermeisterin sei ihr Projekt auf

offene Ohren gestoßen. Die Stadt stelle im Stadtteil Lankow eine Fläche von etwa einem Hektar Größe zur Verfügung. „Das ist der ehemalige Schulgarten der Siemens-Schule. Ein schönes Gelände, bewachsen mit Büschen und Bäumen“, freut sich der Projektleiter. Ein kleines Café ist auch geplant. Wenn alles gut läuft, sollen künftig im kleinen „Madurodam“ von Schwerin auch feste Arbeitsplätze entstehen. Sponsoren, sagt Yves Schade, sind immer gefragt. So könne dann auch der Obolus zur Erhaltung des Parks gering gehalten werden. Bereits Ende Juni 2010 sollen die ersten 150 Objekte dort zu sehen sein. Das Schloss mit dem schwierigen Grundriss wird später folgen.

Der neugotische Chor der Schlosskirche ist schon fertig.



Einen Spendenbetrag in Höhe von 130 Euro konnte Vizepräsidentin Renate Holznagel (r.) am 3. März 2010 in den Räumlichkeiten des Landeskommandos M-V der Bundeswehr an Ina Diesel überreichen. Mit den Mitteln, die aus der Kollekte der ökumenischen Landtagsandacht vom 27. Januar 2010 stammen, soll der Erwerb eines neuen Kruzifixes für den Andachtsraum der Militärseelsorge in der Werder-Kaserne Schwerin unterstützt werden. Vom hohen Stellenwert, den das Thema Militärseelsorge bei den Soldatinnen und Soldaten genießt, konnte sich Renate Holznagel im Mai 2009 persönlich überzeugen. Auf Einladung des katholischen Militärbischofsamtes in Deutschland nahm sie gemeinsam mit über 14.000 Soldaten aus über 30 Nationen an der 51. Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes (Frankreich) teil.

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Landeskommmando



Foto: Stefan Janssen



Foto: Angelika Lindenbeck

Am 13. April fand im Schleswig-Holstein-Haus Schwerin eine parlamentarische Informationsveranstaltung des Landesverbandes der Tafeln in M-V statt. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Willi Grabow, informierte die anwesenden Abgeordneten dabei über die ehrenamtliche Arbeit in den 28 örtlichen Tafeln in M-V. Im Rahmen der Veranstaltung übergab Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider einen Scheckscheck in Höhe von 1.601,00 Euro für die weitere Arbeit des Landesverbandes. Das Geld stammt aus den Einnahmen der Weihnachtsfeier des Landtages aus dem Jahr 2009, die traditionell einem sozialen bzw. gemeinnützigen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

v.l.: Ralf Grabow (FDP-Fraktion), Dr. Armin Jäger (CDU-Fraktion), Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Dr. Norbert Nieszery (SPD-Fraktion), Peter Ritter (DIE LINKE-Fraktion), Willi Grabow (Landesverband der Tafeln in Mecklenburg-Vorpommern e. V.) und Landtagsvizepräsident Hans Kreher.

Am 13. April besuchten 44 Schülerinnen und Schüler aus den USA den Landtag. Die amerikanischen Jugendlichen weilten im Rahmen eines Schüleraustausches zwischen dem Landkreis Ludwigslust und dessen Partnerkreis Gratiot im Bundesstaat Michigan in Mecklenburg-Vorpommern. Im Landtag informierten sich die Gäste über das politische System in Deutschland und die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landesparlaments. Anschließend besichtigten die Jugendlichen die historischen Räume des Schlossmuseums. Krönender Abschluss der Schloss-Visite war der Plenarsaal. Neben ihrer Begeisterung für das wunderschöne Märchenschloss nehmen die jungen Amerikaner unzählige Erinnerungsfotos mit nach Hause.



Foto: Rainer Cordes

Kein Aprilscherz: Seit 1. April begrüßt Schlossgeist Petermännchen die Besucher schon am Hauptportal des Schweriner Schlosses. Geschaffen von dem Holzbildhauer Lorenz Tacke aus Sachsen-Anhalt, kündigt die Symbolfigur der Landeshauptstadt von den bevorstehenden Feierlichkeiten zum 850-jährigen Stadtjubiläum. Die Aufstellung der Figur ist eines der Vorhaben der Petermännchen Kulturfördergesellschaft im Festjahr und Auftakt zu einer Sagen- und Märchenausstellung vom 16. Juli bis 28. August im Burggarten des Schlosses unter Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.